

Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
18

R. Oldenbourg Verlag München 1990

Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung

Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften
im Parteiensystem und Sozialmilieu
des Kaiserreichs

Herausgegeben von
Gerhard A. Ritter
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1990

Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit
Knut Borchardt, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Karl Leyser, Christian Meier, Horst Niemeyer,
Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis
Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:
Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Gerhard A. Ritter (München) war – zusammen mit Professor Dr. Roger Dufraisse (Paris) und Professor Dr. Klaus Schreiner (Bielefeld) – Stipendiat des Historischen Kollegs im achten Kollegjahr (1987/88). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Gerhard A. Ritter aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen zur Massenbewegung im Deutschen Kaiserreich“ vom 23. bis 26. März 1988 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung:
Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem
und Sozialmilieu des Kaiserreiches / hrsg. von Gerhard A.
Ritter unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München
: Oldenbourg, 1990

(Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien; 18)

ISBN 3-486-55641-X

NE: Ritter, Gerhard A. [Hrsg.]; Historisches Kolleg (München):
Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1990 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-55641-X

Inhalt

Einleitung	
<i>Gerhard A. Ritter</i>	IX
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XXI
I. Die Sozialdemokratie im Parteien- und Wahlsystem des Deutschen Reiches und der größeren Bundesstaaten	
<i>Peter Steinbach</i>	
Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich im Spiegel der historischen Wahlforschung	1
<i>Bernhard Mann</i>	
Die SPD und die preußischen Landtagswahlen 1893–1913	37
<i>Gerhard A. Ritter</i>	
Das Wahlrecht und die Wählerschaft der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen 1867–1914	49
<i>Merith Niebuss</i>	
Die Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens	103
Korreferate:	
<i>Hartwig Brandt</i>	
Die württembergische Sozialdemokratie im Parteiensystem des frühen Kaiserreichs. Eine Skizze	127
<i>Klaus Tenfelde</i>	
Bayerische Industrialisierung und Entwicklung der Sozialdemokratie	135
<i>Stephan Bleek</i>	
Ein Wählermilieu in der Großstadt – Bemerkungen zum Durchbruch der SPD in einem Münchner Arbeiterviertel	139

II. Die Organisation der SPD und die Sozialstruktur ihrer Mitglieder und Reichstagskandidaten

Dieter Fricke

Die Entwicklung und Ausbreitung der Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie 1875–1914. Probleme ihrer weiteren Erforschung und Darstellung 145

Adelheid von Saldern

Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in wilhelminischer Zeit 161

Wilhelm Heinz Schröder

Die Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ausgewählte Fragen und Materialien 185

III. Die Herausbildung des ‚sozialdemokratischen Milieus‘

Dieter Hertz-Eichenrode

Parteiorganisation und Wahlkämpfe der Sozialdemokratie in Berlin 1871–1918 219

Peter-Christian Witt

Die Entstehung einer „sozialdemokratischen“ Stadt: Harburg zwischen preußischer Annektion 1866/67 und Erstem Weltkrieg 259

Karl Robe

Die Ruhrgebietssozialdemokratie im Wilhelminischen Kaiserreich und ihr politischer und kultureller Kontext 317

IV. Gewerkschaften, Arbeitskämpfe und Tarifverträge: Regionale Ausbreitung und branchenspezifische Organisationsprozesse

Klaus Schönhoven

Die regionale Ausbreitung der deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich 1890–1918 345

Friedhelm Boll

Arbeitskampf und Region. Arbeitskämpfe, Tarifverträge und Streikwellen im regionalen Vergleich 1871–1914 379

Marina Cattaruzza

Gewerkschaftliche Organisationsprozesse der Werftarbeiter im Kaiserreich: eine komparative Studie 415

Diskussion über Probleme der Geschichtsschreibung der Sozialdemokratie

<i>Dieter Fricke</i>	439
<i>Klaus Schönhoven</i>	443
<i>Gerhard A. Ritter</i>	443
<i>Gerald D. Feldman</i>	446
<i>Peter Steinbach</i>	446
<i>Klaus Tenfelde</i>	448
<i>Dieter Fricke</i> (Schlußbemerkung)	448
Register	453

Einleitung

Die Forschung zur Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht¹. Die ursprüngliche Ausrichtung auf die Herausbildung und Durchsetzung sozialistischer Ideen – vor allem auf den Marxismus und seine spätere Kritik –, die Geschichte der zentralen Organisationen – besonders der Sozialdemokratischen Partei – und deren Haltung zur Politik und zu den großen Tendenzen der Zeit – wie Nationalismus, Imperialismus und Militarismus – wurde inzwischen auch durch sozialgeschichtliche Ansätze erweitert. Sozialgeschichtliche Studien konnten auf die sog. jüngere historische Schule der Nationalökonomie und ihre Tradition der systematischen Behandlung sozialer Probleme im Gefolge der Industrialisierung zurückgreifen. Diese Tradition hat ihren Niederschlag auch in großen Enqueten und gesammelten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik, u. a. über die Lage der Landarbeiter, des Handwerks, der Heimarbeit, des Wohnungswesens und die „Anpassung und Auslese der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie“, gefunden². In den neueren Studien sind besonders der Prozeß der Heraus-

¹ Vgl. zur Entwicklung der Forschung: *Klaus Tenfelde* und *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863 bis 1914*. Berichtszeitraum 1945 bis 1975. Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung (Bonn 1981) 39–132; *Klaus Tenfelde*, *Wege zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung*. Regional- und lokalgeschichtliche Forschungen (1945–1975) zur deutschen Arbeiterbewegung bis 1914, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung 1945–1975* (Sonderheft 4 von „Geschichte und Gesellschaft“, Göttingen 1978) 197–255; *ders.* (Hrsg.), *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich*. Berichte zur internationalen historischen Forschung (Sonderheft 15 der HZ, München 1986); *Gerhard A. Ritter*, *Probleme der Erforschung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte* 16 (1987) 369–397.

² Aus der Enquete über die Lage der Landarbeiter vgl. u. a. *Max Webers* Untersuchung über „Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Preußen 1892“, in: *Max Weber*, *Gesamtausgabe*, Abt. I, Bd. 3, hrsg. von *Martin Riesebrodt* (Tübingen 1984); zur Handwerker-Enquete: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* (= SVfS), Bde. 62–70 (Berlin 1895–97); vgl. auch zusammenfassend *Hans Grandke*, *Die vom „Verein für Sozialpolitik“ veranstalteten Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland, mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie*. Zusammenfassende Darstellung, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* (= *Schmollers Jahrbuch*) 21 (1897) 265–322. Zur Heimindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich hat der Verein für Sozialpolitik 1887 und 1897 die Sammlung bzw. die Veranlassung von Untersuchungen beschlossen. Diese wurden in SVfS, Bde. 39–42, 48 und 84–87 in den Jahren 1889, 1891 und 1899 veröffentlicht. Vgl. weiter zusammenfassend: *Werner Sombart*, *Die Hausindustrie in Deutschland*, in: *Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik* 4 (1891) 103–156; zum Wohnungswesen vgl.: *Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen in deutschen Großstädten und Vorschläge zu deren Abhilfe*, in: SVfS, Bde. 30/31 (1886) sowie die Verhand-

bildung der industriellen Lohnarbeiterschaft³, ihr Verhältnis zu handwerklichen Traditionen und Arbeitsweisen⁴, die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter, ihre geographische und soziale Mobilität, die Situation an den Arbeitsplätzen und deren Wandel durch technologische Entwicklungen untersucht worden⁵. In Verbindung damit

lungen der Frankfurter Generalversammlung des Vereins 1886, SVfS, Bd. 33 (1887); Neuere Untersuchungen über die Wohnungsfrage in Deutschland und dem Ausland, SVfS, Bde. 94–97 (1901), Generalversammlung München 1901, SVfS, Bd. 98 (1902); zu der Enquete über „Anpassung und Auslese“ vgl. u. a. *Marie Bernays*, Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der Gladbacher Spinnerei und Weberei A. G. in Mönchen-Gladbach im Rheinland (Leipzig 1910); *Dora Landé*, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Leipzig 1910). Zum Gesamtprojekt vgl. *Max Weber*, Erhebungen über Anpassung und Auslese (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie, in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik (Tübingen 1924) 1–60.

³ Vgl. dazu besonders *Hartmut Zwahr*, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution (Berlin (DDR) 1978, Lizenzausgabe München 1981); *ders.* (Hrsg.), Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse in den 30er bis zu den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts (Berlin (DDR) 1981); *Jürgen Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800 bis 1875 (Berlin/Bonn 1983).

⁴ Vgl. dazu *Jürgen Kocka*, Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung in: HZ 243 (1986) 333–376; *ders.*, Craft Traditions and the Labour Movement in 19th Century Germany, in: *Pat Thane* u. a. (Hrsg.), The Power of the Past: Essays for Eric Hobsbawm (Cambridge 1984) 95–117; *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert (Stuttgart 1984); *Friedrich Lenger*, Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878 (Göttingen 1986); *ders.*, Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800 (Frankfurt a. Main 1988); *Rudolf Boch*, Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914 (Göttingen 1985); *Wolfgang Rensch*, Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt (Göttingen 1980); *Christiane Eisenberg*, Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich (Göttingen 1986).

⁵ Vgl. unter anderem *Werner Conze*, *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten (Stuttgart 1979); *dies.*, Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker (Stuttgart 1981); *Dieter Langewiesche*, *Klaus Schönhoven* (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung (Paderborn 1981); *Hans Pohl* (Hrsg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (Stuttgart 1978); *Gerhard A. Ritter*, Gewerbliche Zusammensetzung und innere Schichtung der industriellen Arbeiterschaft im Kaiserreich, in: Industrialisierung, sozialer Wandel und Arbeiterbewegung in Deutschland und Polen bis 1914 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung 22/VII, Braunschweig 1983) 91–115; *Josef Mooser*, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlage, Kultur und Politik (Frankfurt a. Main 1984); zu einzelnen Regionen und Städten: *Dieter Langewiesche*, *Harald Sywotteck* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert (Hamburg 1983); *Merith Niebuß*, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925 (Berlin/New York 1985); *Peter Borscheid*, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert) (Stuttgart 1978); *Michael Grüttner*, Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafnarbei-

ist auch unsere Kenntnis der inneren Differenziertheit der Arbeiterschaft nach Herkunft, Alter, Geschlecht, Konfession, Nationalität und Qualifikation, nach dem Charakter der Arbeit und der Beschäftigung in verschiedenen Gewerbe- und Betriebszweigen und Betrieben unterschiedlicher Größe erheblich erweitert worden.

Vor allem die im letzten Jahrzehnt expandierenden kultur- und alltagsgeschichtlichen Forschungen haben darüber hinaus neben den objektiven sozialen und wirtschaftlichen Strukturen und Prozessen auch den subjektiven Faktor – die Erfahrungswelt, die Wertvorstellungen und Handlungsnormen der einzelnen Arbeiter und kleiner Gruppen – stärker beleuchtet und bessere Einsichten z. B. in das Freizeitverhalten von Arbeitern und die Herausbildung proletarischer Sozialmilieus in Arbeitervierteln vermittelt⁶.

Allerdings ist die Verknüpfung der Sozialgeschichte der Arbeiterschaft mit der Geschichte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bisher nur in regional- und lokalhistorischen Arbeiten sowie der Historiographie einzelner Berufsgruppen der Arbeiterschaft wirklich gelungen⁷. In Gesamtdarstellungen, aber auch in

ter 1886–1914 (Göttingen 1984); *Klaus Tenfelde*, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (Bonn 1981); *Lawrence Schofer*, Die Formierung einer modernen Arbeiterschaft. Oberschlesien 1865–1914 (Dortmund 1983); *Karl Ditt*, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914 (Dortmund 1982); *Gerhard Schildt*, Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig 1830–1880 (Stuttgart 1986); zu einzelnen Belegschaften: *Heilwig Schomerus*, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert (Stuttgart 1977); *Heinz-Josef Rupieper*, Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabrik Augsburg und Nürnberg (MAN) 1837–1914 (Frankfurt a. Main/New York 1982); *Günther Schulz*, Die Arbeiter und Angestellten bei Felten & Guilleaume. Sozialgeschichtliche Untersuchung eines Kölner Industrieunternehmens im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Wiesbaden 1979); *Rudolf Vetterli*, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890–1930) (Göttingen 1978).

⁶ Zur Forschungslage vgl. *Gerhard A. Ritter*, Arbeiterkultur im deutschen Kaiserreich. Probleme und Forschungsansätze, in: *ders.* (Hrsg.), Arbeiterkultur (Königstein/Ts. 1979) 15–39; *Peter Borscheid*, Alltagsgeschichte – Modetorheit oder neues Tor zur Vergangenheit?, in: *Wolfgang Schieder*, *Volker Sellin* (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Band 3 (Göttingen 1987) 78–100; *Lothar Steinbach*, Sozialgeschichte, Arbeitergeschichte, erinnerte Geschichte. Anmerkungen zu Erträgen neuer Oral-History-Forschungen in der deutschsprachigen Historiographie, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 28 (1988) 541–600.

⁷ Als Beispiele solcher Verknüpfung seien neben den in Anmerkung 5 erwähnten Studien von *Ditt*, *Grüttner*, *Mooser*, *Tenfelde* und *Vetterli* genannt: *Willi Breunig*, Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistischen Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869–1919 (Ludwigshafen 1976); *Ilse Fischer*, Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840–1914 (Augsburg 1977); *David F. Crew*, Town in the Ruhr. A Social History of Bochum 1860–1914 (New York 1979); *Adelheid von Saldern*, Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890–1920. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung (Berlin 1973); *Volker Ullrich*, Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/1919, 2 Bde. (Hamburg 1976); *Friedhelm Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover (Bonn 1981); *Erhard Lucas*, Zwei Formen von

vielen begrenzteren Studien wird dieser Zusammenhang weitgehend ausgeklammert. Damit wird aber nicht nur der Geschichte der Arbeiterschaft, die eben *auch* eine Geschichte der Schaffung eigener Organisationen zur Verbesserung der sozialen Lage und zum Schutz gegen Not, zur Pflege von Geselligkeit, vor allem aber zur Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber Staat und Gesellschaft war, eine wichtige Dimension genommen. Zudem werden damit auch Wege zu einem vertieften Verständnis der Entwicklung der Arbeiterorganisationen nicht begangen.

Das Ziel des vom 24. bis 26. März 1988 vom Historischen Kolleg in München veranstalteten Kolloquiums, dessen Ergebnisse hier vorgelegt werden, war es, auch durch die Art der Themen- und Fragestellung die politische und soziale Geschichte der Arbeiterbewegung miteinander und mit wichtigen Aspekten der allgemeinen Geschichte des Deutschen Kaiserreiches zu verknüpfen. Im Zentrum des Kolloquiums standen der Aufstieg der Sozialdemokratie zu der mit Abstand größten Partei Deutschlands und der Durchbruch der sozialistischen Freien Gewerkschaften zur Massenbewegung und zu einer der mächtigsten Interessenvertretungen des Kaiserreiches. Dieser Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen war dabei weder kontinuierlich noch in allen Teilen des Reiches gleichmäßig. Obwohl die Sozialdemokratie sich als nationale Partei verstand und schließlich – im Gegensatz zu allen anderen deutschen Parteien der Zeit – in allen Reichstagswahlkreisen kandidierte⁸ und eigene Organisationen aufzubauen versuchte, hatte sie doch eindeutige regionale und lokale Hochburgen, vor allem in protestantischen Großstädten und Industriezentren, wie auch weite Gebiete, vor allem im Osten und in katholischen Agrarregionen, in denen sie nur wenige Anhänger bei Reichstagswahlen mobilisieren und keine dauerhaften Organisationen etablieren konnte. Die Entwicklung der Gewerkschaften war sogar noch stärker von den spezifischen Bedingungen der einzelnen Branchen und Berufe, der Qualifikation, Konfession und Nationalität der Arbeiter und ihrer Wohnweise in der Stadt oder auf dem Land sowie den sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesstaaten und Regionen abhängig.

Um die unterschiedliche Entwicklung zu erklären, mußte also *erstens* nach den die Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterorganisationen fördernden bzw. hemmenden Faktoren gefragt werden. Im engen Zusammenhang damit stand die *zweite* Frage nach der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft der Sozialdemokratie und der sozialen Trägerschaft der Parteiorganisation und der Gewerkschaften. Derartige Untersuchungen zur Sozialstruktur der Arbeiterbewegung sind nicht nur an sich interessant; sie sind auch eine wichtige Grundlage für die Beurteilung der in der Forschung kontroversen Fragen, ob die Sozialdemokratie vor 1914 mit etwa 35% der Wähler bei Reichstagswahlen eine natürliche Grenze ihrer Ausdehnung erreicht hatte und damit kaum Chancen besaß, über die Parlamente ihre Machtstellung entscheidend zu ver-

Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Frankfurt 1976) (Ein Vergleich zwischen Remscheid und Hamburg); *Mary Nolan*, Social democracy and society. Working-Class radicalism in Düsseldorf, 1890–1920 (Cambridge etc. 1981).

⁸ Vgl. die Statistik über die Zahl der von der Partei aufgestellten Kandidaten in Reichstagswahlen, in: *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niebuss*, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1871–1918 (München 1980) 121.

stärken, und ob die Gewerkschaften – angesichts der ihre Ausbreitung behindernden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – in den letzten Jahren vor 1914 ihr Potential ausgeschöpft hatten und in eine Sackgasse geraten waren. Ein *dritter* Fragenkomplex hat die Zusammenhänge zwischen den nach Staat, Region, Ort und Branchen unterschiedlichen Verhältnissen und dem Charakter und konkreten Vorgehen der Arbeiterorganisationen zum Thema. Nur so kann geklärt werden, ob der Reformismus bzw. Radikalismus der Arbeiterorganisationen sich wenigstens teilweise aus den divergierenden politischen Rahmenbedingungen, in denen sie operierten, und der jeweils spezifischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur ableiten läßt.

Natürlich war es unmöglich, diese drei Fragen systematisch oder gar flächendeckend im Kolloquium zu behandeln. Sie konnten nur als generelle Hinweise für die Bearbeitung der speziellen Referate gelten, die an ausgewählten Beispielen vor allem die Ausbreitung und die Struktur der Wählerschaft und Mitgliedschaft der Sozialdemokratie und die Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeitskämpfe behandelten.

Die meisten der Referate wurden aufgrund der Diskussion im Kolloquium für die Publikation in diesem Sammelband überarbeitet. Die Fragestellungen und der Gegenstand der Untersuchungen machten dabei häufig die Auswertung umfangreichen statistischen Materials in Tabellen als Grundlage der Analyse notwendig. Auf den Abdruck der Diskussionen wurde bis auf zwei Fälle verzichtet, um den Band nicht noch stärker anschwellen zu lassen. Diese zwei Ausnahmen betreffen zum einen die Ausführungen von Stephan Bleek über die Sozialdemokratie im Münchener Westend, die aus einem längeren Diskussionsbeitrag entwickelt wurden, und zum anderen die am Schluß wiedergegebene Diskussion über Probleme der Geschichte der Sozialdemokratie. Diese Diskussion wurde in der Mitte der Konferenz durch einen Beitrag des Jenaer Historikers Dieter Fricke ausgelöst, dem daher auch das Recht zu einem Schlußwort eingeräumt wurde. Sie macht gewisse Konvergenzen vor allem hinsichtlich der Methode und des Gegenstandes einer Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland deutlich, ohne aber die weiterhin bestehenden grundsätzlichen Unterschiede u. a. in der Beurteilung des Charakters der Gesellschaft, der Begrifflichkeit und der Bewertung der Entwicklung der Arbeiterorganisationen zu vertuschen.

Zur leichteren Orientierung des Lesers werden im folgenden einige der Ergebnisse der hier vorgelegten Forschungen zusammengefaßt.

Im *ersten* der vier Teile des Sammelbandes wird die Entwicklung der Sozialdemokratie im Reich und in den fünf größten Bundesstaaten Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden vor allem in wahlhistorischen Studien, die die politische Geschichte mit der Geschichte der Gesellschaft verbinden, untersucht. Dabei werden neben den Reichstagswahlen die Landtagswahlen sowie in einigen Fällen auch die Kommunalwahlen berücksichtigt und die Auswirkungen des Wahlrechts auf die parlamentarische Vertretung und die Politik der Partei erörtert.

Der Beitrag von Peter *Steinbach* analysiert vor allem den Platz der Sozialdemokratie im Parteiensystem des Deutschen Reiches. Er zeigt, wie die sich seit 1890 durchsetzende Praxis der Sozialdemokratie, in allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, zu

einer Zersplitterung der Kräfte der Partei im Wahlkampf führte und die Tendenz der anderen Parteien, sich in Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie zu verbinden, förderte, so daß diese Praxis den Gewinn von Mandaten auf die Dauer erschwerte. Mit ihrem Vorgehen im Wahlkampf hat die Sozialdemokratie wesentlich zur Mobilisierung der Wähler, zur Nationalisierung der Politik, zum Wandel des Parteiensystems und zum Übergang von der Honoratioren- zur Massenpolitik beigetragen.

Der Aufsatz von Bernhard *Mann* untersucht die in der Partei zunächst sehr umstrittene wachsende Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen in Preußen zwischen 1898 und 1913. Er zeigt, daß nicht nur die Einteilung der Wähler nach ihrem Steuerbeitrag in drei Abteilungen oder Klassen, die die wohlhabenden Wähler zuungunsten der ärmeren Schichten stark bevorzugte, sondern auch die Vorschrift der offenen Stimmabgabe, die zur massiven Beeinflussung der Wähler ausgenützt wurde, sowie das außerordentlich komplizierte und zeitraubende Wahlverfahren die Mobilisierung der Wähler erschwerten. Obwohl die Sozialdemokratie aufgrund des Wahlrechts und des Wahlverfahrens nur wenige Mandate seit 1908 für den preußischen Landtag gewinnen konnte, hat doch ihr Eingreifen in den Wahlkampf wesentlich zur Politisierung der Wahl beigetragen und – wie die zunehmende Mitwirkung der Partei an Kommunalwahlen – die Konkurrenz zu den Liberalen verschärft, die ihre Machtstellung in den preußischen Städten nur noch mit Hilfe der bestehenden undemokratischen Wahlssysteme behaupten konnten. In der Sozialdemokratie selbst hat der Kampf um die Reform des preußischen Wahlrechts die politische Abschottung von den anderen Parteien verstärkt und den Tendenzen zur Ergänzung der parlamentarischen Auseinandersetzungen um außerparlamentarische Aktionen und zur Radikalisierung der Parteipolitik Auftrieb gegeben.

Der Beitrag von Gerhard A. *Ritter* zeigt am Beispiel des „roten Königreichs“ Sachsen, des am stärksten industrialisierten deutschen Staates und einer der ältesten Hochburgen der Sozialdemokratie, wie das Wahlrecht zweimal, 1896 und 1909, völlig verändert wurde, um eine sozialdemokratische Mehrheit bzw. einen zu starken sozialdemokratischen Einfluß im sächsischen Landtag zu verhindern. Die im Zusammenhang mit den intensiven Wahlrechtsdiskussionen vom Sächsischen Statistischen Landesamt für mehrere Wahlen angefertigte Individualstatistik sämtlicher Landtagswähler nach Beruf, Einkommen, Alter, Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung läßt zwar eine unmittelbare Zuordnung der erfaßten sozialen und wirtschaftlichen Merkmale der Wähler auf die Kandidaten der Parteien nicht zu, erlaubt aber trotzdem eine vorsichtige Analyse der Wählerschaft der Sozialdemokratie. Diese zeigt, daß die jeweilige Stärke der Sozialdemokratie in den einzelnen Landtagswahlkreisen im engen Zusammenhang mit dem Grad der Industrialisierung und besonders dem Anteil der Arbeiterschaft unter den Wahlberechtigten stand.

Hatte die eindeutige Dominanz der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen in Sachsen dazu geführt, daß die anderen Parteien sich gegen sie in der Landespolitik verbündeten und damit ihren Einfluß rigoros beschränkten, so konnte die Sozialdemokratie in den drei süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden, in denen die Partei aufgrund der politischen, sozialen und konfessionellen Struktur keine Chance hatte, eine absolute Mehrheit der Landtagsitze zu erlangen, und auch die

Klassengegensätze insgesamt weniger scharf ausgeprägt waren, einen wesentlichen Einfluß auf die Landespolitik und vor allem auf die Reform des Landtags- und des Gemeindewahlrechts nach 1900 gewinnen. Wie der Aufsatz von Merith *Niebus* zeigt, konnte die SPD dabei sowohl in den Landtagswahlkämpfen wie auch im Landtag selbst mit anderen Parteien zusammenarbeiten, wobei in Bayern und Baden das wesentliche Ziel dieser allerdings wechselnden politischen Allianzen war, die absolute Mehrheit einer einzelnen Partei zu brechen bzw. die Gewinnung einer solchen Mehrheit zu verhindern.

Das Überblicksreferat wird ergänzt durch ein Korreferat von Hartwig *Brandt* über die Stellung der Sozialdemokratie Württembergs im Parteiensystem des frühen Kaiserreichs, die durch die späte Trennung der bürgerlichen von der proletarischen Demokratie und das lange Zeit andauernde enge Konkurrenz- und Kooperationsverhältnis mit der Württembergischen Volkspartei in der Landespolitik gekennzeichnet war. In einem weiteren Korreferat stellt Klaus *Tenfelde* aufgrund eines sozialhistorischen Ansatzes die Frage, inwieweit die Besonderheit der zwar frühen, aber nur punktuellen und eher zögerlichen Industrialisierung Bayerns und der anhaltend ländlich-agrarischen Struktur weiter Teile des Staates die Entwicklung der Sozialdemokratie gehemmt, aber auch das politische Vorgehen der Partei, die vor allem in der Landes- und Kommunalpolitik eine große Bürgernähe aufwies, geprägt hat. Daß es neben der pragmatischen Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und der Tendenz zur Abschleifung sozialer Gegensätze auch in Bayern Zentren einer ausgeprägt klassenbewußten Arbeiterschaft gab, ist aus den Forschungen über Nürnberg, Augsburg und einige kleinere bayerische Industriestädte bereits bekannt⁹. Auch in Teilen Münchens kam es, wie die auf umfangreichen eigenen Forschungen beruhenden Ausführungen von Stephan *Bleek* über das Münchener Westend zeigen, zur Herausbildung eines auf einer weitgehend homogenen Sozialstruktur aufbauenden sozialdemokratischen Wählermilieus, das trotz der katholischen Konfession der weit überwiegenden Masse der Wähler in scharfer Konfrontation zur katholischen Kirche und zum Zentrum stand.

Im zweiten Teil werden aufgrund vor allem lokal- und regionalgeschichtlicher Quellen und Darstellungen der Charakter und die Ausbreitung der Parteiorganisation sowie die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft und einer Gruppe der politischen Elite der Partei untersucht.

Der Beitrag von Dieter *Fricke* behandelt zunächst – nach grundsätzlichen Ausführungen über die Situation der Sozialdemokratie im Kaiserreich – die im wesentlichen durch die staatliche Gesetzgebung und Unterdrückungspraxis bedingte Periodisierung in der Entwicklung der Parteiorganisation, in der die Mitgliedschaft erst seit 1905/06

⁹ Vgl. neben der in Anmerkung 7 erwähnten Arbeit von Ilse Fischer über Augsburg: *Georg Gärtner*, Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868–1908 (Nürnberg o. J. [1908]); *Dieter Rossmeißl*, Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Nürnberg 1890–1914 (Nürnberg 1977); *Christa Landgrebe*, Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südost-bayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor (München 1980); *Klaus Tenfelde*, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945 (München/Wien 1987); *Klaus-Dieter Schwarz*, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Stuttgart 1971).

eindeutig definiert und zentral erfaßt wurde. Der Aufsatz erörtert die ungleiche territoriale Stärke der Organisation der Sozialdemokratie, die (noch eindeutiger als bei den Wählern) ihre Hochburgen in den Großstädten und Industriezentren hatte, und betont, daß lange nicht alle organisationsfähigen Arbeiter der SPD angehörten, deren Mitgliedschaft weit hinter ihrer Wählerschaft, aber auch der Mitgliedschaft der Freien Gewerkschaften zurückblieb.

Der Aufsatz von Adelheid *von Saldern* faßt die meist nur für einzelne Orte und Regionen vorliegenden Informationen und Interpretationen zur klassen-, schichten- und berufsspezifischen Struktur der Mitgliedschaft der Sozialdemokratie zusammen und untersucht die soziokulturellen Determinanten, die einen Eintritt in die Partei begünstigten und erschwerten. Die Studie, die quantitative und qualitative Analysen verbindet, kommt zu dem Ergebnis, daß vor allem eine Mittelschicht evangelischer oder aus der Kirche ausgetretener, männlicher, relativ junger Facharbeiter mit handwerklicher Ausbildung, besonders in den Berufen der Metallverarbeitung, im Holzgewerbe oder auf dem Bausektor, den Weg in die Sozialdemokratie fand. Dagegen waren sowohl die Arbeiter-Aristokratie hochqualifizierter gut verdienender Arbeiter (etwa in der polygraphischen Industrie) wie auch ungelernete Arbeiter und Frauen nur schwer, die unterproletarischen Schichten des sogenannten „Lumpenproletariats“ (z. B. der Wanderarmen und der Gelegenheitsarbeiter) gar nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Der Beitrag von Wilhelm Heinz *Schröder* untersucht in Form einer Kollektiv-Biographie anhand von 17 ausgewählten Fragen u. a. zum Alter, zur sozialen Herkunft, Konfession, schulischen und beruflichen Bildung und beruflichen Karriere das soziale Profil der sozialdemokratischen Kandidaten in den Reichstagswahlen von 1898 bis 1912. Aufschlußreich ist vor allem, daß fast $\frac{4}{5}$ der Kandidaten aus der Schicht der gelernten Arbeiter kamen, mehr als $\frac{1}{2}$ nur die Volksschule besucht hatten und schließlich über $\frac{3}{4}$ eine hauptamtliche Funktion in der Arbeiterbewegung ausübten und in der Zeit der Weimarer Republik häufig, wenn auch oft nur für kurze Zeit, führende Positionen in der Regierung oder der Verwaltung von Reich und Ländern bzw. den Kommunalverwaltungen übernahmen.

Die im *dritten* Teil aufgenommenen Studien behandeln aufgrund einer Verbindung wahlhistorischer, organisationsgeschichtlicher und sozialhistorischer Fragestellungen und Methoden an konkreten Beispielen die Herausbildung eines „sozialdemokratischen Milieus“ und dessen Einbettung in das Umfeld von Staat, Gemeinde und bürgerlicher Gesellschaft.

Der Aufsatz von Dieter *Hertz-Eichenrode* untersucht die Parteiorganisation sowie die Wahlkämpfe der SPD in der Reichshauptstadt Berlin, die mit über 50% sozialdemokratischer Stimmen bei allen Reichstagswahlen seit 1890 und über 75% in der letzten allgemeinen Wahl vor dem Ersten Weltkrieg 1912 zur stärksten und wichtigsten Hochburg der Partei wurde. Auch bei den Wahlen zum preußischen Landtag 1908 und 1913 und bei den Stadtverordnetenwahlen seit 1883 hat die Sozialdemokratie trotz der massiven Benachteiligung der ärmeren Schichten durch das Wahlrecht erhebliche Erfolge erzielen können. In der Analyse der Reichstagswahlen wird nachgewiesen, daß – erwartungsgemäß – die Wählerschaft der Sozialdemokratie desto größer war, je dichter die Bevölkerung wohnte und je proletarischer ihre Lebensverhältnisse

waren. In der Untersuchung der Geschichte der Berliner Parteiorganisation wird gezeigt, daß diese, weitgehend durch das erst 1899 aufgehobene Verbindungsverbot politischer Parteien bedingt, von der Mitte der 1870er Jahre bis 1905 durch den Dualismus zwischen einer offenen Organisation in Wahlkreisvereinen und einer auf den Wohnquartieren aufbauenden, vor allem von jungen Funktionären getragenen Geheimorganisation gekennzeichnet war.

Der u. a. auf einer breiten Basis archivalischer Quellen beruhende Beitrag von Peter Christian *Witt* untersucht am Beispiel der mittelgroßen protestantischen preußischen Industriestadt Harburg die Herausbildung einer Hochburg der Sozialdemokratie. Die Partei konnte in der Stadt bei den Reichstagswahlen von 1912 fast $\frac{2}{3}$ der Stimmen aller Wahlbeteiligten auf sich vereinen und gewann auch bei den preußischen Landtagswahlen von 1913 eine klare Mehrheit in der ersten und zweiten Wählerklasse. Aufgrund der Zusammenfassung der Stadt mit den umliegenden Landbezirken in einen Wahlkreis konnte sie jedoch vor 1914 keine Mandate im Reichstag oder preußischen Abgeordnetenhaus erringen und war auch im Bürgervorsteherkollegium, auf dessen Wahl die weit überwiegende Masse der Einwohner wegen der Bindung des Stimmrechts an den sehr kostspieligen Erwerb des Bürgerrechts keinen Einfluß hatte, nicht vertreten. Die Untersuchung zeigt, daß die Sozialdemokratie über den Kreis der Arbeiter und der kleinen Angestellten hinaus offenbar auch Angehörige des öffentlichen Dienstes und des selbständigen Kleinbürgertums bei Wahlen für die Partei mobilisieren konnte. Die Ursachen dafür werden vor allem in der Herausbildung einer weit gefächerten sozialdemokratischen Infrastruktur mit wichtigen Serviceleistungen für die städtische Bevölkerung sowie in der Existenz eines einseitig an den ökonomischen Interessen der Grundbesitzer und des Großbürgertums ausgerichteten nationalliberalen Klüngels und dessen Dominanz in der Stadtpolitik gesehen.

Im Kontrast zu dieser Detailanalyse einer konfessionell relativ homogenen sozialdemokratischen Hochburg mit einer weitgehend diversifizierten Gewerbestruktur behandelt Karl *Robe* in seiner Studie über die vier Reichstagswahlkreise der Ruhr das bedeutendste deutsche Industriegebiet, das durch die Dominanz der Schwerindustrie, die Mischung der Konfessionen und die starke Zuwanderung aus dem Osten gekennzeichnet war. Die Untersuchung zeigt, wie das in der Zeit des Kulturkampfes in den 1870er Jahren ausgebildete regionale Zwei-Lager-System des von der Zentrumpartei repräsentierten politischen Katholizismus und des vor allem von den Nationalliberalen vertretenen protestantisch-bürgerlich-nationalen Lagers erst relativ spät durch die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer Massenpartei zu einem Drei-Parteien-System umgeformt wurde. Kennzeichnend für das Ruhrgebiet war die Vielfalt der Arbeitermilieus, die im Gegensatz zu Harburg oder Berlin nicht zu *einem* sozialdemokratischen Milieu verfestigt waren.

Im *vierten* Teil des Bandes geht es um spezifische Probleme in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, deren Erforschung in der letzten Zeit besonders große Fortschritte gemacht hat. Während sich die frühe Geschichtsschreibung über die Gewerkschaften weitgehend auf die Geschichte der Organisationen im engeren Sinn und das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat und zu den politischen Parteien konzentrierte, haben einige der neueren Arbeiten durch die Einbeziehung von Streiks,

Lohnbewegungen und Tarifverträgen und die stärkere Berücksichtigung der Haltung der Arbeitgeber die Geschichte der Gewerkschaften in die Geschichte der industriellen Beziehungen eingebettet. Daneben gibt es Versuche, auch die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften nach Qualifikation und Geschlecht zu analysieren. Außerdem wurde gefragt, welche Auswirkungen die Konjunkturlage und die Dynamik des wirtschaftlichen und sozialen Wandels sowie die Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch Rationalisierungsmaßnahmen und technologischen Fortschritt auf die Organisationsarbeit der Gewerkschaften zeigten¹⁰, und damit der Versuch unternommen, die Gewerkschaftsgeschichte nicht nur mit der Politik- und der Sozialgeschichte, sondern auch mit der Wirtschafts- und Technikgeschichte zu verknüpfen.

Aus dem breiten Forschungsgebiet können die hier vorliegenden Studien nur einige Aspekte behandeln. Der Beitrag von Klaus *Schönhoven* analysiert auf der Basis zeitgenössischen statistischen Materials die keineswegs kontinuierliche und gleichmäßige, sondern vor allem von der Konjunkturlage, der Zusammensetzung der Arbeiterschaft und der Haltung der staatlichen und kommunalen Behörden sowie der Arbeitgeber abhängige regionale und z.T. auch branchenspezifische Ausbreitung der Gewerkschaften. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die Gewerkschaften ihren eindeutigen Schwerpunkt in den Großstädten hatten, in den Mittel- und Kleinstädten nur einen sehr viel kleineren Teil der Arbeiter organisieren konnten und in Landstädten und dörflichen Gemeinden bis 1914 kaum Fuß faßten. Von den Bundesstaaten des Deutschen Reiches wiesen die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck und danach Sachsen sowie die thüringischen Kleinstaaten den höchsten Grad der gewerkschaftlichen Organisation auf. In Süddeutschland konnten die Gewerkschaften vor allem nach der Jahrhundertwende erhebliche Fortschritte machen, in Westdeutschland und vor allem in den preußischen Ostgebieten lag dagegen der Anteil der organisierten Arbeiter weit unter dem Durchschnitt im Reich. Unter den Industriezweigen nahm das polygraphische Gewerbe mit weitem Abstand vor der Holzindustrie und der Metallverarbeitung hinsichtlich des Anteils der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Spitzenposition ein. Die Gewerkschaften konnten auf der anderen Seite in der Textilindustrie, in der Bekleidungsindustrie und in der Gastronomie, die einen hohen Anteil an Frauen unter den Arbeitnehmern hatten, nur einen kleinen Bruchteil der Arbeiter erfassen wie auch in der Nahrungsmittelindustrie und in der Industrie der Steine und Erden, deren überwiegend ungelernete Arbeitskräfte meist in ländlichen Verhältnissen verwurzelt waren.

Im Aufsatz von Friedhelm *Boll* wird, in Auseinandersetzung mit den Thesen von ¹⁰ Vgl. neben den in den Anmerkungen 4 und 5 erwähnten Studien von *Renzsch*, *Boch*, *Eisenberg*, *Vetterli* und *Grüttner* vor allem *Marina Cattaruzza*, Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs (Stuttgart 1988); *Karl Gustav Werner*, Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft (Berlin 1968); *Wilhelm Heinz Schröder*, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Frankfurt a. Main/New York 1978); *Ilse Costas*, Auswirkungen der Konzentration des Kapitals auf die Arbeiterklasse in Deutschland (1880–1914) (Frankfurt a. Main/New York 1981); *Klaus Tenfelde*, *Heinrich Volkmann* (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (München 1981); *Wolfgang J. Mommsen*, *Hans-Gerhard Husung* (Hrsg.), Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880–1914 (Stuttgart 1984).

einer im wesentlichen kontinuierlichen Entwicklung der Gewerkschaften und von der Tendenz zur Rationalisierung und Modernisierung der Arbeitskämpfe, die Bedeutung von Streikwellen für die gewerkschaftliche Mobilisierung der Arbeiter herausgearbeitet. Weiterhin werden vor allem die auffälligen regionalen Unterschiede in der Beteiligung von Arbeitern an Arbeitskämpfen, an gewerkschaftlicher Organisation und an Tarifverträgen untersucht. Der Nachweis einer deutlich geringeren Beteiligung der Arbeiter der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden an Streiks und Aussperrungen bei einer insgesamt schließlich über dem Reichsdurchschnitt liegenden Erfassung durch Tarifverträge scheint die vor allem im Beitrag von Merith Niehuss am Beispiel der Sozialdemokratie entwickelte These von dem milderen sozialen Klima und der weniger scharf ausgeprägten Isolation der Arbeiterorganisationen in Süddeutschland auch für die Gewerkschaften zu bestätigen.

Die überregionale branchenspezifische Fallstudie von Marina Cattaruzza über die gewerkschaftliche Organisation in der privatwirtschaftlich organisierten Wertindustrie des Kaiserreiches zeigt, wie die vielen Berufen angehörenden und sehr unterschiedlich qualifizierten Arbeiter dieser Industrie im letzten Jahrzehnt vor 1914 zu einer einheitlich handelnden Arbeitergruppe zusammenwuchsen, die zu ihrer Interessenvertretung eine moderne, die Arbeiter der privaten Werften fast vollständig erfassende Industriegewerkschaft im Rahmen des deutschen Metallarbeiterverbandes herausbildete. Dabei wurde der Organisationsprozeß auf seiten der Gewerkschaften nicht nur durch den weitgehend einheitlichen Arbeitsmarkt, sondern wesentlich auch durch die frühe straffe Organisation der Arbeitgeber des Industriezweiges, die die Waffe der Aussperrung rigoros anwandten, sowie durch den schließlichen Übergang zu Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene gefördert.

Die Aufsätze des Sammelbandes machen m. E. deutlich, daß die sozialistischen Arbeiterorganisationen in enger Verknüpfung und Wechselwirkung mit den Organen des Staates, der Kommunen und der Arbeitgeber, mit den Institutionen und politisch-sozialen Kräften der bürgerlichen Gesellschaft standen, die ihre Ausbreitung und ihren Charakter wesentlich beeinflussten. Insgesamt scheint es irreführend, die Entwicklung der Klassenbeziehungen im Deutschen Kaiserreich auf einen Nenner bringen zu wollen. Wie insbesondere die Vergrößerung des Nord-Süd-Gefälles im sozialen Klima und in der Behandlung der Arbeiterorganisationen zeigt, gab es offenbar vor allem seit der Jahrhundertwende gegenläufige Prozesse. Diese liefen zum einen auf eine noch schärfere Polarisierung der Gesellschaft und eine zunehmende politische und soziale Diskriminierung und Isolierung der Arbeiterbewegung hinaus. Zum anderen ließen sie aber ebenfalls – auch durch das hier nicht thematisierte Wirken der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik und der Träger der kirchlichen und bürgerlichen Sozialreform¹¹ bedingt – Tendenzen zur allmählichen Abschleifung von sozialen Gegensätz-

¹¹ Vgl. Gerbard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich* (München 1989); ders., *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entwicklung und Grundzüge im Vergleich* (München 1983); Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“. Bürgerliche Sozialreform vom Vormärz bis zur Ära Adenauer (München 1985); Ursula Ratz, *Sozialreform und Arbeiterschaft. Die „Gesellschaft für soziale Reform“ und die sozialdemokratische Arbeiterschaft von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges* (Berlin 1980).

zen, zur sozialen Reform sowie zur stärkeren Einbindung der Arbeiter und schließlich auch ihrer Organisationen in Staat und Gesellschaft erkennen. Die Fragen, ob ohne den Ersten Weltkrieg einer dieser konträren Prozesse schließlich dominierend geworden wäre oder ob die gegenläufigen Entwicklungen geblieben und gar noch verschärft worden wären und welche Konsequenzen das für die Arbeiterbewegung gehabt hätte, sind vom Historiker nicht zu beantworten.

Den Referenten und Korreferenten, den Diskutanten und allen anderen Teilnehmern des Kolloquiums danke ich für ihr Interesse und ihre Bereitschaft, sich auf die von mir gestellten Fragen und Themen, die z. T. erhebliche Forschungsarbeiten notwendig machten, einzulassen. Das Historische Kolleg hat die Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung des Kolloquiums übernommen, die Bayerische Akademie der Wissenschaften den Sitzungssaal zur Verfügung gestellt. Zur reibungslosen Organisation des Kolloquiums haben Herr Georg Kalmer, Frau Elsa Lang, Frau Ulrike Haerendel, Frau Friederike Köchling und vor allem Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner beigetragen. Frau Dr. Müller-Luckner hat mich auch bei der Redaktion und Drucklegung des vorliegenden Bandes wesentlich unterstützt. Herr Christian Berringer hat die Register angefertigt. Für all dies möchte ich mich bedanken.

Allmannshausen, Juni 1989

Gerhard A. Ritter

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Dr. Stephan Bleek, München
Priv. Doz. Dr. Friedhelm Boll, Bonn
Prof. Dr. Hartwig Brandt, Marburg/Lahn
Priv. Doz. Dr. Rüdiger vom Bruch, München
Dr. Marina Cattaruzza, Triest
Prof. Dr. Waclaw Długoborski, Kattowitz
Prof. Dr. Roger Dufraisse, Paris (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Prof. Dr. Jürgen W. Falter, München
Prof. Dr. Gerald D. Feldman, Berkeley/Calif.
Dr. Jens Flemming, Hamburg
Prof. Dr. Dieter Fricke, Jena
Ulrike Haerndel, München (Historisches Kolleg)
Prof. Dr. Dieter Hertz-Eichenrode, Berlin
Stefan Immerfall, Passau
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)
Friederike Köchling, München (Historisches Kolleg)
Prof. Dr. Bernhard Mann, Tübingen
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)
Dr. Merith Niehuss, München
Brigitta Oestreich, Kochel
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, München (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Prof. Dr. Karl Rohe, Essen
Prof. Dr. Adelheid von Saldern, Hannover
Prof. Dr. Klaus Schönhoven, Mannheim
Prof. Dr. Klaus Schreiner, Bielefeld (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Priv. Doz. Dr. Wilhelm Heinz Schröder, Köln
Prof. Dr. Peter Steinbach, Passau
Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Innsbruck
Prof. Dr. Peter-Christian Witt, Hamburg

I. Die Sozialdemokratie im Parteien- und Wahlsystem des Deutschen Reiches und der größeren Bundesstaaten

Peter Steinbach

Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich im Spiegel der historischen Wahlforschung

Die deutschen Sozialdemokraten erlebten den Aufstieg ihrer Partei vor dem Ersten Weltkrieg vor allem im Spiegel von Wahlergebnissen, die bis auf wenige Ausnahmen gleichbedeutend mit Wahlerfolgen waren¹. Gewonnene Mandate, Stimmanteile und Organisationsdichte der Sozialdemokratie schlugen die Historiker zwar weniger in Bann wie die Zeitgenossen, die sich innerlich durch ihre Einschätzungen beflügeln – oder, als Gegner der SPD, abschrecken ließen. Dennoch ist unbestreitbar, daß die Faszination unausweichlicher Wahlerfolge bis heute spürbar bleibt. Keine Darstellung verzichtet darauf zu erwähnen, daß manche Anhänger der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften fest davon überzeugt waren, die Partei werde mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit zur stärksten politischen Kraft des Reichstags anwachsen².

Rückblickend werden die politischen Konsequenzen der sozialdemokratischen Siege heute, vor allem mit Blick auf das Verbandssystem, die parlamentarischen Willensbildungsprozesse und die Veränderung des Staates zum nicht mehr allein abwehrenden, sondern auch bewußten Gestalter der politischen Verhältnisse, zurückhaltender beurteilt. Die Folgen sozialdemokratischer Wahlerfolge müssen aus der Kenntnis des politischen Gesamtsystems, nicht mehr aber als isoliertes Ereignis der Parteigeschichte beurteilt werden³. Damit ist aber noch keineswegs die Übernahme der Elemente eines sozialdemokratischen Wahloptimismus gebrochen.

¹ Vgl. die Bedeutung, die in Arbeiterbiographien den Wahlkämpfen zugemessen wird. Wahlerfolge im regionalen Umfeld scheinen dabei die Bedeutung generationsprägender kategorialer Ereignisse zu erhalten.

² Vgl. das Interview, welches *Friedrich Engels* dem Korrespondenten der französischen Zeitung „Le Figaro“ im Frühjahr 1893 gegeben hat, in: MEW 22, 538 ff. Das Wahlergebnis kommentiert er weitaus zurückhaltender für den „Daily Chronicle“ v. 1. 7. 1893, in: ebd. 544 ff.

³ Vgl. dazu *Gerhard A. Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900 (Berlin ²1963) 232–234. Im folgenden zitiert: *Ritter*, Arbeiterbewegung.

Im Rahmen dieses Beitrags soll gezeigt werden, daß die Sozialdemokratie des Kaiserreiches bereits vor 1914 jene Grenzen erreichte, die auch nach 1918 und vielleicht sogar bis heute den Rahmen ihrer politischen Expansion auf dem demokratischen Massenmarkt bestimmen, also den vielfach erwähnten und diskutierten Anteil von etwa 35 Prozent der Gesamtstimmzahl. Denn im Mittelpunkt der Überlegungen sollen weniger die Mandatszahlen stehen, die im Reichstag und vereinzelt auch in den Landtagen errungen wurden, als vielmehr die Stimmentwicklungen der Partei, die im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen anderer konkurrierender Parteien gesehen werden müssen. Weiterhin ist hervorzuheben, daß im folgenden nicht nach den regionalspezifischen Besonderheiten sozialdemokratischer Wahlentwicklungen gefragt wird. Im Vordergrund des Interesses steht der Versuch, die Gesamtentwicklung sozialdemokratischer Stimmenanteile und Wahlerfolge zu bewerten und dabei die Konstellationen der sozialdemokratischen Gegenparteien zu berücksichtigen. Die hier vorgestellten Daten stützen sich auf die Auswertung deutscher Reichstagswahlergebnisse, die ursprünglich vorgenommen worden ist, um die Wahlergebnisse innerhalb einzelner Wahlkreise im Zeitablauf vergleichen und so besser beurteilen zu können. Innerregionale Entwicklungen machen jedoch ebensowenig wie Überlegungen zum Zusammenhang von Sozial- und Konfessionsstruktur auf der einen, von Wahlergebnissen auf der anderen Seite das Thema des vorliegenden Überblicks aus.

Unberücksichtigt bleibt auch die Frage nach der Wirkung unterschiedlicher Wahlrechtsbestimmungen und Wahlsysteme, so wichtig die vergleichende Untersuchung von Landtags- und Reichstagswahlergebnissen ist. Sie ist das Thema anderer Studien über Wahlrechtsdiskussionen und Wahlstatistiken, die im Zusammenhang mit einzelstaatlichen Wahlrechtsänderungen erstellt worden sind und schließlich den guten Ruf der amtlichen deutschen Wahlstatistik begründet haben. Eine Untersuchung zum Wahlrechts- und Wahlergebnisvergleich wird an anderer Stelle publiziert.

Es bietet sich allerdings an, ähnliche Untersuchungen wie die hier vorgelegten, für liberale, konservative und konfessionelle sowie regionalspezifische Parteien in Angriff zu nehmen. Wichtige Vorarbeiten sind bereits abgeschlossen worden. Ich denke, sie werden eine bessere Kenntnis des Interaktionsgefüges ermöglichen, welches nicht nur auf der Parteien-, sondern auch auf der Wählerebene die Wirkungen politischer Artikulation und Kommunikation bestimmt und damit über die Systemfunktionen politischer Organisationen und Institutionen entscheidet.

Wie kaum eine andere Partei bekennt sich die Sozialdemokratie zu den Grundzügen des allgemeinen, gleichen und geheimen, insbesondere auch des direkten Wahlrechts auf allen Ebenen des politischen Systems⁴. Dies unterscheidet sie von Linksliberalen⁵ ebenso wie von der Zentrumspartei, die auf kommunaler und regionaler Ebene das Klassenwahlrecht rechtfertigen und die sozialen und politischen Positionen zu verteidigen suchen, die sie schon vor der Einführung des demokratischen Reichs-

⁴ Vgl. *Alexander Misch*, *Das Wahlsystem zwischen Theorie und Taktik: Zur Frage von Mehrheitswahl und Verhältniswahl in der Programmatik der Sozialdemokratie bis 1933* (Berlin 1974), im Zusammenhang mit *Ritter*, *Arbeiterbewegung*.

⁵ *Werner Gagel*, *Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848–1919* (Düsseldorf 1958).

tagswahlrechts errungen haben⁶. Die Sozialdemokratie erhält durch ihre Erfolge bei den Reichstagswahlen einen Ausgleich für die wahlrechtlich bedingte Verengung ihrer Möglichkeiten zur konkreten Interessenvertretung auf gemeindeorientierter oder zur Interessenpolitik auf länderparlamentarischer Handlungsebene. Dies ändert sich erst seit der Jahrhundertwende in bemerkenswertem Umfang und verschärft die Wahlrechtsauseinandersetzungen, die auf den unteren Politikebenen dann rasch eine allgemeinere politisierende Wirkung entfalten⁷.

Die Fixierung auf das Reichstagswahlrecht und die Reichstagswahlkämpfe ist eine Folge des sozialdemokratischen Staatsverständnisses⁸ einerseits, der politischen Entwicklungsperspektive andererseits. Staat ist niemals allein Ausdruck der Klassenherrschaft, sondern stets auch Herrschaftsinstrument, das allein durch das allgemeine Wahlrecht zur „großen Organisation“ und „Assoziation der arbeitenden Klassen“ werden und politischen und sozialen Wandel bewirken kann. Wahlbeteiligung ist, so betrachtet, von Anbeginn Ausdruck des Willens zur Selbsthilfe, der Hoffnung, einen Weg „aus der Wüste“ zu finden, welche die Gegenwartsverhältnisse beschreibt.

In Lassalles „Offenem Antwortschreiben“ wird der enge Konnex von Gruppenzusammenhang, Abgrenzung nach außen und Staatsverständnis auf den Begriff gebracht: „Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr *politisches*, es ist auch Ihr *soziales Grundprinzip*, die *Grundbedingung aller sozialen Hilfe*. Es ist das *einzigste Mittel*, um die *materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern*.“⁹

Das Reservoir der Arbeiterbewegung schätzte Lassalle außerordentlich groß ein – mit etwa „89 bis 98 Prozent der Gesamtbevölkerung“; dies war nicht nur eine verhängnisvolle Fehleinschätzung soziostruktureller Differenzierungen, sondern Ausdruck eines statistischen Sozialdenkens, welches die Konsequenzen des sozialen Wandels nur in einer Verschärfung gesellschaftlicher Dichotomisierung sehen konnte.

Entscheidend für die Bewertung des Wahlrechts in der Sozialdemokratie ist aber nicht nur das feste Vertrauen auf den Stimmenzuwachs, sondern zugleich die innere Verbindung zwischen Reichsgründung und Wahlrechtsgewährung: Der Zusammenhang zwischen Wahlrechtsausweitung und Reichsgründung läßt die Sozialdemokratie

⁶ Vgl. jetzt den Überblick von *Karl-Egon Lönne*, *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert* (Frankfurt/M. 1986) besonders 123 ff. und 151 ff.; ferner *Winfried Becker* (Hrsg.), *Die Minderheit als Mitte: Die deutsche Zentrumsparterie in der Innenpolitik des Reiches 1871–1933* (Paderborn 1986).

⁷ Eine Untersuchung zur Auswirkung politischer Konflikte auf provinzielle oder örtliche Ebenen der Politik steht noch weitgehend aus; bemerkenswert sind deshalb die Untersuchungen über die politischen Entwicklungen in den südwestdeutschen Staaten. Vgl. vor allem *David Blackbourn*, *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany: The Centre Party in Württemberg before 1914* (Wiesbaden 1980) und *Stanley Suval*, *Electoral Politics in Wilhelmine Germany* (Chapel Hill/N. Carolina 1985) 180 ff.

⁸ *Peter Steinbach*, *Sozialdemokratie und Verfassungsverständnis. Zur Ausbildung einer liberal-demokratischen Verfassungskonzeption in der Sozialdemokratie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts* (Opladen 1983).

⁹ *Ferdinand Lassalle*, *Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig*, in: *Friedrich Jenaczek* (Hrsg.), *Ferdinand Lassalle – Reden und Schriften* (München 1970) 200.

auf eine merkwürdige Weise zu einer Partei der Reichsgründung werden – in einem ganz anderen und politisch viel existentielleren Sinn als die sich selbst als „Reichsgründungspartei“ proklamierenden Nationalliberalen und Freikonservativen. Ihre politische Existenz scheint vom allgemeinen Wahlrecht abzuhängen – deshalb fühlt sie sich zur Verteidigung dieses Wahlrechts im Zusammenhang mit Staatsstreichplänen und Wahlrechtsdiskussionen aufgerufen¹⁰. In diesen Auseinandersetzungen profiliert sich das sozialdemokratische Selbstverständnis, auch Verfassungspartei zu sein.

Mit dem allgemeinen Reichstagswahlrecht tritt die deutsche Sozialdemokratie dauerhaft in das politische Parteiensystem ein. Dies bedeutet, daß sie sich gegen die bereits bestehenden regionalen Parteihochburgen und Parteistrukturen durchsetzen muß. Sie tritt gegen die regionalspezifische Differenzierung an und wird so zum entscheidenden Faktor politischer Modernisierung, d. h. einer politischen Nationalisierung, und dies in Konkurrenz zur Regierung, die ebenfalls die gouvernementale Prägung des Parteiensystems durch die Nationalisierung des Elektorats zu erreichen sucht. Zugleich scheint die Sozialdemokratie aber auch mit der Zentrumsparterie zu konkurrieren, die unter dem Eindruck des Kulturkampfes beginnt, die Katholiken auf der Ebene des Nationalstaats in eine antigouvernementale Abwehrfront einzubinden¹¹.

Als Partei, die den sozialen Wandel als Voraussetzung einer Festigung ihrer eigenen Parteibasis will und zugleich mit diesem Wandel immer stärker zu werden scheint, steht die Sozialdemokratie aber nicht allein gegen regionalspezifisch differenzierte vornationalstaatliche Parteienstrukturen¹², sondern verkörpert geradezu den objektivierbaren Kern einer politisch motivierten Modernisierungsfurcht. Mit den krisenhaften Entwicklungen des Kaiserreiches, die erst im Rückblick als Entwicklungskrisen gedeutet und in ein modernisierungstheoretisch reflektiertes Fortschrittsmodell¹³ eingebunden werden können, war stets die Sozialdemokratie verbunden, und jede erfolgreiche Abwehr gouvernementaler Ausgrenzungs- und Überwältigungsstrategien schien nur die Ausgangsvermutungen jener zu bestätigen, die sie als Ausdruck realer gesellschaftlicher und politischer Gefährdungen deuteten.

Das Wachstum der Sozialdemokratie ist bemerkenswert und bekannt. Es bleibt abhängig von der Wahlbeteiligung, nicht zuletzt aber auch von politischen Rahmenbedingungen¹⁴.

¹⁰ Michael Stürmer, Staatsstreichgedanken im Bismarckreich, in: HZ 209 (1969) 566–615.

¹¹ Rudolf Morsey, Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918 (Köln 1973) 270 ff. Im folgenden zitiert: Ritter, Parteien; Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich: Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Düsseldorf 1984).

¹² Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830–1914 (Göttingen 1985) 14 ff.

¹³ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichtswissenschaft (Göttingen 1975).

¹⁴ Vgl. Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit Merith Niebuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 38 ff. Im folgenden zitiert: Ritter, Niebuss.

Die prozentualen Angaben wurden nach folgender Formel berechnet:

$$\frac{\text{Parteistimmen LP } x - \text{Parteistimmen LP } x-1}{\text{Parteistimmen LP } x-1} \times 100$$

Jahr	Wahlbeteiligung		sozialdemokratische Stimmen		Veränderungsrate	
	absolut in Mio.	in %	absolut in Mio.	in %	in Prozent- punkten	prozentual
1871	3,91	51,0	0,124	3,2		
1874	5,22	61,2	0,352	6,8	3,6	183,9
1877	5,42	60,6	0,493	9,1	2,3	40,1
1878	5,78	63,4	0,437	7,6	-2,5	-11,4
1881	5,12	56,3	0,312	6,1	-1,5	-28,6
1884	5,68	60,6	0,550	9,7	3,6	76,3
1887	7,57	77,5	0,763	10,1	0,4	38,7
1890	7,26	71,6	1,427	19,7	9,6	87,0
1893	7,70	72,5	1,787	23,3	3,6	25,2
1898	7,79	68,1	2,107	27,2	3,9	17,9
1903	9,53	76,1	3,011	31,7	4,5	42,9
1907	11,30	84,7	3,259	29,0	-2,7	8,2
1912	12,26	84,9	4,250	34,8	5,8	30,4

Die Übersicht zeigt deutlich die Folgen gouvernemental politisierter Wahlen für die Ergebnisse von 1878 und 1881 (Sozialistengesetz/Tabakmonopolwahlen mit ausgeprägter Anarchistenfurcht), 1887 (Kartellwahlen) und 1907 (Hottentottenwahlen). Allerdings reichen Prozentpunktdifferenzen und Veränderungsraten nicht aus, um die Folgen der Wahlen hinreichend zu differenzieren. Die folgende Übersicht berücksichtigt die Schwankungen der Wahlbeteiligungsraten und versucht, die Veränderung

Veränderung sozialdemokratischer Stimmen unter Ausschaltung der Wahlbeteiligungsschwankungen¹⁵

Jahr	Index
1874	213
1877	135
1878	83
1881	82
1884	158
1887	103
1890	195
1893	118
1898	117
1903	117
1907	92
1912	120

¹⁵ Berechnet nach der Formel

$$\frac{\text{Parteistimmen LP } x}{\text{Parteistimmen LP } x-1} : \frac{\text{gültige Stimmen LP } x}{\text{gültige Stimmen LP } x-1} \times 100$$

LP = Legislaturperiode

Vgl. G. v. Schuckmann, Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1871: Eine Längsschnittstudie politischer Gemeinsoziologie (Diss. rer. pol., Köln 1965) 110f.

der sozialdemokratischen Stimmanteile unter Ausschaltung der Mobilisierungsraten anzugeben. Dabei ergibt sich einerseits eine Verstärkung der für die Bismarckzeit erkennbaren Trends, zum anderen aber auch ein deutlicher Hinweis auf die Stabilisierung der Indexwerte in der Wilhelminischen Zeit. Darauf wird später zurückzukommen sein.

Dabei wird deutlich, daß sich folgende Veränderungsphasen erkennen lassen:

1) Die erste Phase endet mit der „zweiten Reichsgründung“ und spiegelt vermutlich weniger diese Zäsur der Geschichte des Kaiserreichs als die niedrigen Ausgangszahlen. Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate steigt von zwei über neun auf zwölf, d.h. von 0,5 auf 3% der Reichstagssitze. Der Schwerpunkt liegt in Sachsen und im Kerngebiet der Lassalleaner um Solingen.

2) Die zweite Phase wird eindeutig reichspolitisch beeinflußt und währt bis 1884 – die Zahl der Mandate bleibt gleich und macht 9 bzw. 12 aus. Auch die regionale Verteilung bleibt in etwa stabil. Das ganze Ausmaß der politisch bedingten Immobilität wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die SPD 1877 bereits in 175 Wahlkreisen, vermutlich sogar in noch größerer Zahl, mit eigenen Kandidaten antrat.

3) Die dritte Phase wird durch außerordentliche Zuwachsraten bei den Reichstagswahlen von 1884 und 1890 begrenzt – sie scheinen auch einen langfristigen Trend anzudeuten, der eine außerordentliche Wachstumseuphorie führender Sozialdemokraten zu wecken vermochte. Die Zahl der Mandate verdoppelt sich 1884 gegenüber 1881 auf 24 (= 6% der Reichstagsmandate) und nimmt 1890 weiterhin zu auf 35 Mandate (= 8,8%). Die Interpretation dieser Wahl als „Durchbruchsschlacht“ stützt sich vor allem auf die Verdreifachung der Mandatszahlen gegenüber 1887, als die SPD bei den Kartellwahlen nur 11 Mandate (= 2,8% der Mandate) erringen konnte, und dies bei beträchtlichen Stimmenzuwächsen.

4) Die letzte Phase sozialdemokratischer Wahlentwicklung ist durch eine außerordentliche Verstetigung gekennzeichnet. Zwar nimmt die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate sprunghaft zu und steigt zwischen 1893 und 1903, bei den „Brotwucherwahlen“, um nahezu das Doppelte an (von 44 auf 81 Mandate, d.h. von 11,1% auf 20,3% der gesamten Reichstagssitze). Die Stimmentwicklung zeigt jedoch, daß sich in diesen Erfolgen vor allem die spezifischen Begünstigungsfaktoren des Reichstagswahlrechts, nicht jedoch die in den Deutungen der Wahlergebnisse beschworenen Raten der Wählermobilisierung ausdrücken. Ein Endpunkt wird 1912 mit 110 Mandaten (= 27,7% der Gesamtmandate) erreicht.

Unter Ausschaltung der Schwankungen der Wahlbeteiligung¹⁶ ergibt sich für den Zeitraum 1871/1877 ein Indexwert von 2,86, für den Zeitraum 1884/1890 ein Indexwert von 2,06 und für den Zeitraum zwischen dem Rücktritt Bismarcks und dem Ausbruch des Weltkriegs ein Indexwert von 1,8. Diese Werte scheinen darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie vor dem Krieg die Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit in der Wählerschaft erreicht hat. Auch diese These muß im weiteren geprüft werden.

¹⁶ In diesen Fällen werden die Werte für die jeweils die angenommenen Zeitabschnitte begrenzenden Wahlen in Anlehnung an die aufgeführte Berechnungsformel eingesetzt.

Zunächst sollte jedoch das Ausmaß der Stimmendifferenzierung und damit auch der politischen Diffusion bestimmt werden. In diesem Zusammenhang reicht es nicht aus, die Verteilung der Mandate in den Blick zu nehmen. In dieser Hinsicht sind die Befunde eindeutig: Der zeitlich früheste Schwerpunkt der Sozialdemokratie liegt in Sachsen¹⁷, wo die sozialdemokratischen Kandidaten im Unterschied zu den Wahlkreisen Elberfeld/Barmen und Solingen die Mandate in der Regel im ersten Wahlgang erringen konnten. In den achtziger Jahren stabilisieren sich die Verhältnisse für die Sozialdemokratie in Hamburg, Berlin, einigen mitteldeutschen Kleinstaaten, in Breslau, München, Nürnberg, schließlich in Straßburg¹⁸. Erst in der letzten Phase breitet sich die Sozialdemokratie stärker in der Fläche aus und kann Gewerbegebiete des südwestdeutschen, hessischen (um Kassel und Hanau) und norddeutschen Raumes erobern.

Die räumlich-territoriale Verteilung der sozialdemokratischen Wählerschaft wird durch die Arbeiten von Fricke und Ritter/Niehus gut erschlossen. Dadurch wird nicht nur die eindeutige Hochburgenbildung der SPD deutlich (lt. Ritter von zwei Reichstagswahlkreisen 1874 auf 16 Reichstagswahlkreise im Jahre 1912), sondern auch die Entwicklung von Stimmkandidaturen¹⁹.

Legislaturperiode	Anzahl der Kandidaturen	Anzahl der Wahlkreise mit überdurchschnittlich positivem Ergebnis in Prozent*	durchschnittliche Abweichung**
1871	93	77,4	10,8
1874	162	67,9	11,2
1877	198	56,6	7,5
1878	191	40,8	5,1
1881	172	44,2	4,9
1884	219	40,6	3,9
1887	256	40,2	2,1
1890	342	36,6	-1,9
1893	380	36,3	-3,6
1898	380	38,7	-4,3
1903	392	39,0	-5,6
1907	392	37,8	-5,5
1912	395	37,5	-6,6

* Die Anzahl der Wahlkreise mit überdurchschnittlich positivem Ergebnis wird nach folgender Formel berechnet:

$$\frac{\text{Anzahl der Wk, in denen der SPD-Anteil} > \text{als SPD-Anteil im Reich}}{\text{Anzahl der Kandidaturen}} \times 100.$$

** durchschnittliche Abweichung gibt den Mittelwert der Differenz zwischen dem SPD-Anteil in den Wahlkreisen und dem SPD-Anteil im Reich an.

¹⁷ Vgl. dazu nicht allein die für Sachsen mitgeteilten Reichstagswahlergebnisse bei Ritter/Niehus, sondern auch den dort aufgeführten Abschnitt über die sächsischen Landtagswahlergebnisse, ebda., 172 ff. Ferner Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2 (Berlin (Ost) 1987) 718 ff. Im folgenden zitiert: Fricke, Handbuch.

¹⁸ Hier wird auf regional- und lokalgeschichtliche Nachweise verzichtet, weil die von Klaus Tenfelde und Gerhard A. Ritter hrsg. „Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863–1914“ (Bonn 1981) 515 ff. die wichtigste Literatur erschließt.

¹⁹ Ritter, Niehus, 56 ff.

Zwischen 1871 und 1912 entwickelte sich die Stimmpräsenz der SPD in den Wahlkreisen nach folgender Statistik von der Anzahl her positiv, doch vom Grenzertrag, d.h. vom Verhältnis zwischen Wahlkampfaufwand – bezogen auf die Stimmbezirkspräsenz – und vom Stimmenertrag her betrachtet, negativ. Denn viele der erstmals umkämpften, neu besetzten Wahlkreise blieben zunächst oder stets hinter dem Reichsdurchschnitt sozialdemokratischer Stimmenanteile zurück.

Die Anzahl der Kandidaturen führte einerseits zur Ausschöpfung des gesamten Stimmenreservoirs, insbesondere nach 1890, bedeutete andererseits aber eine außerordentliche Stimmenzersplitterung, die zunächst durch die Benennung offizieller und einiger inoffizieller Wahlkreise auf den frühen Parteitag begrenzt werden sollte²⁰. Diese Festlegung von Wahlkreisen, die als unterstützungswürdig galten, erfolgte ursprünglich nicht unter dem Eindruck der Sozialistenverfolgung, erhielt aber 1878 und 1881 bzw. 1883 ihre Plausibilität durch die Verfolgungsmaßnahmen des Staates. Die Liste dieser herausgehobenen Wahlkreise stellt einen farbigen und eindrucksvollen, aber nicht den einzigen Indikator für die Bildung von Hochburgen dar.

Die Wahlkreisstabilität der Sozialdemokratie ist besonders bemerkenswert und findet eigentlich nur eine Entsprechung in den Zentren des politischen Katholizismus. Von den zwanzig „besten Wahlkreisen“, die für die SPD 1871 ausgewählt wurden, behaupten sich in den folgenden Jahren durchschnittlich 50%. Diese Werte gelten auch für jene neue Gruppierung der in den folgenden Jahren zu diesen jeweils „besten zwanzig Wahlkreisen“ stoßenden Reichstagswahlkreise. Eine Beobachtung der Entwicklung sozialdemokratischer Hochburgen über den Gesamtzeitraum hinweg zeigt, daß sich auch die jeweilige Stellung der Wahlkreise im Zusammenhang der stimmenstärksten „erfolgreichsten“ SPD-Wahlkreise nur wenig verändert. So bleibt Berlin das bemerkenswerte Zentrum und verstärkt seine Stellung noch durch Niederbarnim, den nach den eigentlichen Berliner Wahlkreisen ranghöchsten Wahlkreis in Brandenburg. Auch Altona bewahrt seine Rangstufe in der ersten Hälfte. Die bemerkenswerteste Rang-Stabilität ist jedoch in Sachsen festzustellen, zumindest für die Zeit bis zum Aufstieg der großstädtischen Wahlkreise im Umkreis von Berlin, Hamburg, später auch Nürnberg.

Die Entstehung sozialdemokratischer Hochburgen wird häufig als Folge der Konfessionsverteilung, der Urbanisierung oder der Industrialisierung dargestellt. Eine Übersicht der jeweils zwanzig erfolgreichsten sozialdemokratischen Hochburgen zeigt, daß auch der politische Faktor eine entscheidende Rolle spielen kann. Dies gilt besonders für die sozialdemokratischen Traditionsgebiete in Mitteldeutschland. Bemerkenswert ist jedoch der augenscheinliche Zusammenhang zwischen hohen Anteilen der im tertiären Bereich beschäftigten Wahlkreisbevölkerung und sozialdemokratischen Stimmerfolgen. Der immer wieder betonte lockere Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Struktur und sozialdemokratischer Stimmabgabe hat uns veranlaßt, den aufgrund der sozialstrukturellen und konfessionellen Ausgangslage fiktiv prognostizierbaren sozialdemokratischen Stimmenanteil mit den tatsächlichen sozialdemokratischen Stimmanteilen zu vergleichen, die bei den Wahlen zum 9. und zum 12. Reichs-

²⁰ *Fricke, Handbuch*, 735 f.

tag erzielt worden sind. Dabei ergeben sich nicht allein in den katholischen, sondern vor allem in den evangelischen Wahlkreisen erhebliche Abweichungen, die weder soziostrukturell noch konfessionell zu erklären sind. Sie verweisen zum einen auf den nationalspezifischen Faktor, zum Teil aber auf die Auswirkungen der urbanen Zentren: Vermutlich pendeln viele Sozialdemokraten in das Umland sozialdemokratischer Hochburgen und verändern hier gravierend das politische Meinungsbild.

Die Definition von Hochburgen (weniger von „Schwachburgen“²¹) ist in der Forschung keineswegs einhellig und oszilliert zwischen 30 und 60 Prozent der Stimmannteile. Angesichts der Stimmenzersplitterung bei den Wahlen im Kaiserreich – die von Otto Büsch vorgeschlagene Dichotomisierung ist nicht akzeptiert worden²², so daß auch weiterhin die Orientierung an fünf unterschiedlichen Milieus mit den ihnen korrespondierenden Parteien beibehalten worden ist – scheint es plausibel zu sein, als *Hochburg* einen Stimmanteil von mehr als 25% der Wählerschaft oder 30% der abgegebenen gültigen Stimmen anzunehmen. Unter Berücksichtigung dieses Kriteriums ergibt sich folgende Entwicklung von „starken“ Wahlkreisen:

Legislaturperiode	Hochburgen aller Parteien	Hochburgen der SPD		Errungene Reichstagsmandate
		absolut	in %	
1871	554	11	2,9	2
1874	552	29	5,2	9
1877	546	34	6,2	12
1878	561	27	4,8	9
1881	555	17	3,1	12
1884	562	33	5,9	24
1887	568	35	6,2	11
1890	549	69	12,6	35
1893	519	93	17,9	44
1898	503	108	21,5	56
1903	518	149	28,8	81
1907	612	143	23,4	43
1912	610	182	29,8	110

In diesen Wahlkreisen hatte die Sozialdemokratie aufgrund des Wahlrechtes die Möglichkeit, Mandate zu gewinnen – vorausgesetzt, es gelang ihr, kritische Mehrheiten in konsolidierte Mehrheiten zu verwandeln. Dabei wurde das Verhältnis zwischen Hochburgen und errungenen Mandaten günstiger: 1871 wurden nur 18% der Hochburgen in sozialdemokratische Reichstagswahlkreise umgewandelt, eine Legislaturpe-

²¹ So eine Formulierung von *Karl Robe* im Zusammenhang mit seiner Untersuchung liberaler Abschleifungsprozesse im Ruhrgebiet. Dazu *Ritter*, Parteien, 97 Anm. 47.

²² Entscheidende Einwände kamen dabei von *Werner Conze* und *Gerhard A. Ritter*. Vgl. *Otto Büsch*, Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg. Gedanken und Thesen zu einem Leitthema für Forschung und Unterricht über die Geschichte der Industrialisierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Abhandlungen aus der Pädagogischen Hochschule Berlin I (Berlin 1974) 178–264. Leider hat Büsch bei einer Neuausgabe dieser Studie (in: *ders.*, Zur Rezeption und Revision der preußisch-deutschen Geschichte (Berlin 1988) 151 ff.) auf eine wissenschaftliche Diskussion dieser Einwände verzichtet.

riode später bereits nahezu jede dritte. Dieses Verhältnis änderte sich erst bei den Wahlen von 1881, weil sich die Sozialdemokraten auf ihre politischen Schwerpunkte konzentrieren konnten: Sie verwandelten 70,6% ihrer *Hochburgen* in sozialdemokratische *Wahlkreise*, eine Legislaturperiode später nahezu 75%. Einen Einbruch brachte erst die *gouvernemental* politisierte Kartellwahl von 1887, die der SPD nur gestattete, etwa ein Drittel ihrer Hochburgen zum sozialdemokratischen Reichstagswahlkreis zu konsolidieren. Nach 1890 spiegelte sich die Konsolidierung der Sozialdemokratie in ihrem Erfolg, Hochburgen zu verwandeln: von etwa 50% 1890 und 1898 und 54% im Jahre 1903 auf schließlich über 60% bei den letzten Reichstagswahlen vor Ausbruch des Krieges. Nur die politisierten Wahlen von 1893, die unter dem Eindruck einer Heeresvermehrung standen und etwa 47% Konsolidierungsquote brachten, und die Wahlen von 1907 mit etwa 30% Umwandlungserfolg verrieten, daß dieser Konsolidierungsprozeß von politischen Rahmenbedingungen abhängig war.

Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die in dieser Weise bemerkenswerte Konsolidierungserfolge aufzuweisen vermochte, denn alle anderen Parteien mußten Schwächungen ihrer politischen Positionen und Bastionen hinnehmen. Dies geht aus folgender Übersicht hervor, die zugleich andeutet, daß sich die Sozialdemokratie als „Reichsgründungspartei“ (im oben ausgeführten spezifischen Sinn) gegen alle anderen Kräfte durchsetzen konnte und insofern deren Bild von der SPD über die programmatischen Gegensätze hinaus bestimmte.

Die Empfindung, gerade in den Wahlkämpfen habe die Sozialdemokratie ihre Durchsetzungsfähigkeit bewiesen, stützt sich aber nicht allein auf das Gefühl der Wähler, aus einer wachsenden Anzahl von Hochburgen heraus zu operieren und zum Angriff auf das „bürgerliche Parteiensystem“ anzusetzen, sondern auf die Beobachtung wachsender Wahlkreiserfolge. Unter diesem Gesichtspunkt mag es sinnvoll sein, die Hochburgen der SPD in Beziehung zu den Gesamtkandidaturen zu setzen. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

	Hochburgen	Kandidaturen
1871	11	93
1874	29	163
1877	34	198
1878	27	191
1881	17	172
1884	33	219
1887	35	256
1890	69	342
1893	93	380
1898	108	380
1903	149	392
1907	143	392
1912	182	395

Das Verhältnis zwischen Kandidaturen und Hochburgen gestaltet sich als Trend: von etwa 11% im Jahre 1871 auf erstmals 20% im Jahre 1890 bis über 45% im Jahre 1912. Auch diese Entwicklung spiegelt indirekt den Abschleifungsprozeß der Stabili-

tät des bürgerlichen Parteienspektrums und erklärt politische Frontstellungen, die zugleich die Binnenintegration der Sozialdemokratie plausibel machten.

In den weiteren Überlegungen soll die Frage der regionalen Verteilung der Sozialdemokratie im Zeitraum 1870 bis 1914 im Mittelpunkt stehen. Auf diese Weise sollen zum einen Kriterien für eine Bestimmung regionaler Schwerpunkte der Parteigeschichte der Sozialdemokratie diskutiert, zum anderen aber auch Untersuchungen regionaler Differenzierung vorbereitet werden.

Die folgende Übersicht rückt das Verhältnis von Kandidaturen und Hochburgen für den Gesamtzeitraum in den Blick. Dabei stellt sich heraus, daß die Sozialdemokratie derart bemerkenswert, wie keine andere Partei des Kaiserreiches, zur regionalen politischen Inselbildung geneigt hat. Der Anteil der Hochburgen an den Gesamtkandidaturen liegt im Gesamtuntersuchungszeitraum nur in wenigen Bezirken unter 10%, in der Regel aber weit höher. Dabei ergibt sich vor allem in den Hochburgen eine bemerkenswerte Höhe ihrer Anteile an den Kandidaturen, die zuweilen mit mehr als 70% wie in den Hansestädten oder nahezu 70% wie in Sachsen, mit fast 60% in Berlin oder um 50% in einzelnen mitteldeutschen Bundesstaaten erdrückend für die politischen Kontrahenten waren. Diese Zahlen machen deutlich, daß der Durchschnitt der SPD-Stimmen, wie später noch einmal ausführlicher verdeutlicht und diskutiert werden soll, in den umkämpften Wahlkreisen nicht bemerkenswert stark ansteigen konnte, weil die Vermehrung der Kandidaturen zwangsläufig einen geringeren Gesamtanstieg des Parteistimmenanteils, bezogen auf die Kandidatur, nach sich zog. Dies unterschied die sozialdemokratischen Ergebnisse und Wahlerfolge von denen anderer Parteien, die punktuell in einzelnen erfolgversprechenden Wahlkreisen antraten und deshalb günstige Relationen zwischen Zahl der Kandidaturen und Stimmenerfolg erzielten.

Aus dieser Übersicht ergibt sich das eindeutige Schwergewicht des Berliner, ober-schlesisch-breslauischen und mitteldeutschen Raumes. In vielen Werten schlägt sich der bekannte großstädtische Faktor der sozialdemokratischen Stimmenerfolge nieder. Die Sozialdemokratie verfügte über folgende regionale Schwerpunkte, die im weiteren in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachtet werden sollen: Berlin mit Potsdam, Breslau, Magdeburg, Schleswig-Holstein, Wiesbaden, Düsseldorf, Mittelfranken, Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, die thüringischen Fürstentümer, die Hansestädte und Sachsen. Dabei wird versucht, die Entstehung der Hochburgen nach Legislaturperioden zu unterscheiden²³.

Bei den ersten Reichstagswahlen kann die SPD zwei Hochburgen in Berliner Wahlkreisen, je eine in Breslau und Magdeburg, fünf in Schleswig-Holstein, eine in Köln, Düsseldorf, Koblenz, elf in Sachsen, drei in den Hansestädten und eine in Braunschweig sowie zwei in den thüringischen Fürstentümern bilden. Innerhalb einer Legislaturperiode verringern sich diese Ausgangswerte auf zwei Hochburgen in Berlin, einen Hochburgwahlkreis im Regierungsbezirk Breslau, vier in Schleswig-Holstein, einen in Hessen-Kassel, drei im Regierungsbezirk Düsseldorf, einen in Mittelfranken,

²³ Die folgenden Überblicke stützen sich auf Vorarbeiten von Stefan Immerfall, die im Rahmen des Forschungsprojekts der DFG über „Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen im 19. und 20. Jahrhundert“ durchgeführt worden sind.

Bezirk	Hochburgen insgesamt	Kandidaturen insgesamt	Anteil der Hoch- burgen an Kandid. in %
Königsberg	11	62	17,7
Berlin	45	78	57,7
Potsdam	32	98	32,7
Frankfurt/Oder	21	91	23,1
Stettin	13	54	24,1
Posen	2	47	4,3
Breslau	38	129	29,5
Oppeln	1	74	1,4
Liegnitz	14	88	15,9
Magdeburg	30	83	36,1
Merseburg	24	74	32,4
Erfurt	10	41	24,4
Schleswig-Holstein	46	112	41,1
Hannover	32	201	15,9
Minden	4	50	8,0
Arnsberg	13	74	17,6
Wiesbaden	16	53	30,2
Kassel	18	74	24,3
Köln	8	59	13,6
Düsseldorf	38	129	29,5
Koblenz	1	38	2,6
Trier	1	29	3,4
Oberbayern	13	76	17,1
Pfalz	5	53	9,4
Oberfranken	7	52	13,5
Mittelfranken	17	57	29,8
Unterfranken	1	50	2,0
Schwaben	1	54	1,9
Sachsen	197	283	69,6
Württemberg	23	157	14,6
Baden	16	129	12,4
Hessen	29	87	33,3
Mecklenburg	29	77	37,7
Oldenburg	4	32	12,5
Braunschweig	18	37	48,6
Thüringen	80	165	48,5
Kleinstaaten ohne „Thüringen“	2	22	9,1
Hansestädte	48	65	73,8
Elsaß-Lothringen	22	87	25,3

vierzehn in Sachsen, einen in Braunschweig und einen in Elsaß-Lothringen sowie drei in den Hansestädten. 1878 kommt ein weiterer Hochburgwahlkreis in Berlin und Breslau hinzu. In Schleswig-Holstein verringert sich die Zahl auf einen, ebenso im Regierungsbezirk Düsseldorf. Behaupten kann die SPD die Hochburg Nürnberg in Mittelfranken, die vierzehn sächsischen Wahlkreise und Braunschweig.

Die Wahlen von 1881 bedeuten den eigentlichen Einbruch, denn die SPD verliert

ihre Hochburgen in Berlin, Breslau und Braunschweig. Selbst in Sachsen verringert sich ihre Zahl auf neun. Stabil bleiben lediglich einzelne Hochburgwahlkreise in den Regierungsbezirken Schleswig-Holstein und Düsseldorf sowie, unter Verlust einer Position, die Hansestädte. 1884 kann die Position in Berlin (2 Hochburgen) und Breslau (2), in Magdeburg (1), Schleswig-Holstein (2), Hannover (1), Wiesbaden (1), Kassel (1), Düsseldorf (2), Mittelfranken (1), Hessen (2), Braunschweig (1) und in den Hansestädten (3) wieder konsolidiert werden. Auch im Königreich Sachsen mit elf Hochburgen und in den kleinen Staaten Thüringens (3) werden die traditionsreichen Schwerpunkte sozialdemokratischer Wahlerfolge neu abgesichert. Die Wahlen des Jahres 1887 erschweren wegen ihrer besonderen politischen Randbedingungen die Fortsetzung dieser Entwicklung. Zwar kann erstmals im Regierungsbezirk Königsberg eine Hochburg gebildet werden, auch in Posen. Bemerkenswert ist auch der Schwellenerfolg in München. Dem steht jedoch eine leichte Abschwächung der sozialdemokratischen Position in Sachsen gegenüber. In den Hansestädten verfügt die SPD nun in vier Wahlkreisen über eine Hochburg.

Das Jahr 1890 bringt neben der Konsolidierung einzelner Wahlkreise in den preußischen Ostprovinzen vor allem die Erweiterung der sozialdemokratischen Parteibasis im Berliner Umland. Im Regierungsbezirk Potsdam werden erstmals in drei Wahlkreisen die kritischen Schwellenwerte von einem Viertel der Wahlberechtigten bzw. einem Drittel der Wahlberechtigten erreicht. Dies führt zur Stabilisierung der Sozialdemokratie im Umland Berlins und strahlt faktisch auf die gesamte Provinz Brandenburg, aber auch auf die Provinz Sachsen aus. Magdeburg und Merseburg bilden erstmals Hochburgwahlkreise aus. Ansonsten bleibt das vertraute Bild erhalten, sieht man von einem zweiten Hochburg-Wahlkreis in Oberbayern, einer starken Konsolidierung in Sachsen (mit 15 Hochburgwahlkreisen) und einer Diffusion in Südwestdeutschland und dem Elsaß ab. Auch die Hansestädte werden mit fünf Hochburgwahlkreisen stabilisiert – hier verfügen lediglich die Nationalliberalen in zwei Wahlkreisen über bemerkenswerte Stimmergebnisse, die gestatten, von Hochburgen zu sprechen.

Das für 1890 überlieferte Verteilungsbild wird im Jahr 1893 nach den Capriwahlen lediglich intensiviert. Berlin und Potsdam sind nun endgültig mit jeweils fünf Hochburg-Wahlkreisen zur sozialdemokratischen Kernregion geworden. Dabei bleibt Potsdam durch die Dichotomie von sozialdemokratischen und konservativen Wählern geprägt, denn hier ist die Zahl der Hochburg-Wahlkreise beider Parteien gleich groß. Neu hinzu treten lediglich Hochburgen in Pommern (d. h. Stettin), Sachsen mit nunmehr 19 Hochburg-Wahlkreisen (bei gleichzeitiger Hochburgstabilisierung des nationalkonservativen Spektrums), Mecklenburg mit zwei Wahlkreishochburgen und Elsaß-Lothringen mit nunmehr drei Hochburgen. Bei der folgenden Reichstagswahl von 1898 ist die Konsolidierung in Franken bemerkenswert. Sachsen ist nun fast insgesamt eine gesamtstaatliche Hochburg der SPD, denn lediglich in zwei Reichstagswahlkreisen gelingt es der Partei nicht, die kritische Schwelle zu überschreiten. Innerhalb des bürgerlichen Parteienspektrums treten eindeutige Abschleifungsprozesse ein: den 21 sozialdemokratischen Hochburgen im Königreich Sachsen stehen lediglich 15 bürgerliche Hochburgen gegenüber. Baden wird 1898 Sitz von drei sozialdemokratischen Hochburgen, Hessen und Mecklenburg von jeweils vier. Hier sind immerhin vier von

sieben (in Hessen vier von neun) Wahlkreisen stark sozialdemokratisch geprägt. Die Reichstagswahlen von 1903 bringen insbesondere in den preußischen Reichstagswahlkreisen eine breite Diffusion. Lediglich die westpreußischen Wahlkreise bleiben breit unterhalb der Schwelle von 25% und spiegeln darin weniger die Vorherrschaft der Konservativen als vielmehr die Kombination von ethnischer, konfessioneller und konservativer Hochburgbildung bzw. entsprechenden Stimmangeboten. Die deutsche Sozialdemokratie scheint zu einem unverhältnismäßig ausgeprägten preußischen Phänomen zu werden mit den bekannten Schwachstellen im Westen²⁴. Die starke Präsenz in Mecklenburg, wo die SPD in allen sieben Wahlkreisen Hochburgen ausbilden kann und alle anderen Parteien überflügelt, fügt sich in dieses Bild ein. Hingegen tritt in den übrigen Bundesstaaten kein gravierender Wandel ein – die Sozialdemokratie stabilisiert sich hier als großstädtische Partei.

Die Hottentottenwahlen stellen sich trotz der außerordentlichen Verluste an Reichstagsmandaten nicht als diesem Einbruch vergleichbarer Verlust an Hochburgen dar. Insgesamt werden lediglich sechs sozialdemokratische Hochburgen geschleift. Sie liegen in Braunschweig, Hessen und in den durch die gouvernementale Agitation besonders erreichbaren preußischen Stimmbezirken Ostelbiens.

Die Reichstagswahlen von 1912 bringen der Sozialdemokratie in nahezu vierzig zusätzlichen Wahlkreisen (insgesamt 182) derartige Stimmzuwächse, daß die kritische Schwelle zur Hochburg überschritten wird. Nahezu unbeeinflussbar sind die ostelbischen Wahlkreise in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder, obwohl sich das Hochburg-Profil der konfessionellen, ethnischen und gouvernementalen Parteien bemerkenswert abschwächt. Dies gilt auch für die ostpommerschen Regierungsbezirke sowie für die nichtindustriell geprägten Wahlkreise Schlesiens. Hingegen wird der mitteldeutsche Raum weitgehend konsolidiert – zwischen 70 und 90% aller Wahlkreise in den Regierungsbezirken Magdeburg, Erfurt, Merseburg und Potsdam sind als Hochburgen einzuschätzen. Dem entspricht auch die Festigung sozialdemokratischer Positionen in Württemberg, wo 1912 immerhin elf Hochburgen bestehen. Die hier mitgeteilten Entwicklungen fügen sich in das bereits bekannte Bild der Verteilung sozialdemokratischer Wahlkreise über das gesamte Reich, belegen aber im Unterschied zu den kontinuierlich wachsenden Stimmanteilen die unübersehbare Stagnation der Sozialdemokratie innerhalb regionaler Inseln, die zu einem überwiegenden Teil mit den Großstädten identisch sind. Dieser Eindruck verstärkt sich noch durch die weitgehende Fluktuation bürgerlicher Hochburgen in den Räumen, die sich durch starke Zuwachsraten der Sozialdemokratie charakterisieren lassen.

Die Ausbreitung der Sozialdemokratie im Kaiserreich spiegelt sich somit nicht allein in den wachsenden Mandatszahlen, sondern vor allem in der Intensivierung ihrer relativ früh stabilisierten Wahlerfolge. Dies zeigt ein Blick auf die Wahlstatistiken, die für die Regierungsbezirke und Einzelstaaten vorliegen. In den Parteihochburgen Ber-

²⁴ Vgl. allg. *Horst Nöcker*, Wählerentscheidung unter demokratischem und Klassenwahlrecht: Eine vergleichende Statistik der Reichstags- und Landtagswahlergebnisse in Preußen 1903 nebst Angaben zur Wirtschafts- und Sozialstruktur nach Vergleichsgebieten (Berlin 1987).

lin und Potsdam werden bei durchschnittlichen Mobilisierungsraten Sättigungsgrade zwischen 55 und 75% erreicht – bei gleichbleibenden Mandatserfolgen. Dieses Bild bietet sich auch in anderen Hochburgen wie Braunschweig, Anhalt, nicht zuletzt auch in Sachsen. Die Ausweitung in die Fläche scheitert hingegen an den Wahlrechtsrestriktionen, und dies weniger wegen der konservativen Bewahrung von Wahlkreisgrenzen als wegen der Stichwahlbestimmungen, die insbesondere in den räumlich verteilten, also nicht großstädtisch-gewerblich, aber auch nicht ländlich geprägten sozialdemokratischen Hochburgen einen Mandatserfolg verhindern. Dies wird besonders deutlich an sozialdemokratischen Wachstumsregionen wie dem Regierungsbezirk Frankfurt, wo die SPD von 17,9% der Gesamtstimmenzahl im Jahre 1890 auf über 35% im Jahre 1912 ansteigt, also die nächstgrößte Partei um nahezu 10 Prozentpunkte überragt, und dennoch lediglich drei von insgesamt zehn Sitzen erobert. Ganz ähnlich stellt sich die Lage im Regierungsbezirk Breslau, in Liegnitz, selbst in Merseburg dar. Die Sozialdemokratie hat extrem hohe Schwellenwerte zu überwinden und sichert sich den erwarteten Wahlerfolg erst, wenn sie Stimmanteile um 45% erringt – sie ist somit nicht nur die Anti-Block-Partei, sondern gerade durch diese Schwierigkeiten der autonomen Mehrheitsbildung die Ein-Block-Partei schlechthin. Als solche ist sie Partei eigener Mehrheitsbeschaffung. Insofern sind auch die Diffusionsprozesse in dem ländlichen Raum unter dem Gesichtspunkt des Wahlerfolges eher Pyrrhussiege. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der Stimmentwicklung im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, wo die SPD seit 1898 insgesamt dreimal ein Reichstagsmandat erobern kann, und dies bei einem Gesamtstimmenanteil von nahezu 40%. Ihre politischen Erfahrungen verstärken die Fixierung der SPD auf das Verhältniswahlrecht und die Anpassung der Wahlkreisgrößen an die Bevölkerungsentwicklung.

Die Wahlrechtspositionen der Sozialdemokratie sind in verfassungs- und wahltheoretischer, auch in programmatischer Hinsicht vergleichsweise gut erforscht worden. Die hypothetische Frage hat sich dabei vor allem auf eine Übernahme der sozialdemokratischen Perspektive durch die Wählerschaft konzentriert. In der Tat ist die Stabilisierung und Intensivierung des sozialdemokratischen Milieus²⁵ eine wichtige Voraussetzung der Stimmenzuwächse, die sich in den Wahlergebnissen auf Reichsebene und der Ebene der Regierungsbezirke und Einzelstaaten in gleicher Weise ausdrücken. Die Konzentration der Sozialdemokratie auf die Industrialisierungsschwerpunkte (mit Ausnahme des Ruhrgebiets aus den gut erforschten Gründen konfessioneller und nationaler Art) läuft mit der Konzentration der Fabrikarbeitschaft parallel, die als Voraussetzung eines sozialdemokratischen Arbeiterbewußtseins gedeutet worden ist²⁶. Die Mobilisierung und ständige Verstärkung dieses Bewußtseins ist die Aufgabe der Parteiorganisation, der Parteipresse und vor allem der Arbeiterkulturbewegung. Trotz

²⁵ Dieser auf einen frühen programmatischen Aufsatz von Lepsius zurückgehende, allerdings von Amery übernommene Begriff hat sich in der historischen Wahl- und Parteienforschung weitgehend durchgesetzt, so intensiv er auch im Zusammenhang mit dem Paradigma der politischen Kultur diskutiert und modifiziert wird. Ich folge sehr gern der Konkretisierung dieses Begriffs durch Ritter, Parteien, 49 ff. und seiner Diskussion der wichtigsten Arbeiten: ebda., 97 und 98 f.

²⁶ Dazu jüngst in Anlehnung an Max Weber und Götz Briefs *Josef Mooser*, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970: Klassenlagen, Kultur und Politik (Frankfurt/M. 1984).

konkurrierender Organisationen aus dem Umfeld der Zentrumspartei kann die Sozialdemokratie die Phase ihrer organisatorischen Expansion weit vorantreiben und in ihren Hochburgen weitgehend abschließen. Dadurch verstärkt sich aber zugleich der Eindruck vom überwiegend großstädtischen Charakter der Partei. Er erhält seine bekannte Bestätigung durch die Wahlstatistiken, die zeigen, daß die SPD in der Regel in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern weit über 50% der Stimmen errang, während sie nach den jüngsten, sehr umfangreichen und komplizierten Berechnungen von Gerhard A. Ritter²⁷ in kleinen Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern etwa 15%, in Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnern im Schnitt mehr als 30% und in den Mittelstädten bis zur Größe von maximal 100 000 Einwohnern um die 40% errang. Wenn man die statistischen Begrenzungen ein wenig aufweicht und die Gemeinden unterhalb von 10 000 Einwohnern als Landstädte bezeichnet, kann man im Zeitablauf auf einen mittleren Wert von etwa 10 Prozentpunkten, in den Mittelstädten bis etwa 60 000 Einwohner auf einen im Zeitablauf sich ergebenden mittleren Wert von etwa einem Drittel der Gesamtwählerschaft kommen. Diese Zahl markiert in gewisser Weise auch das gesamte, d. h. nationale Wählerreservoir. Hier bildet lediglich Sachsen eine bemerkenswerte Ausnahme wegen der doch weitgehend gleichgroßen Stimmanteile in allen Städten unabhängig von ihrer Größe und der vergleichsweise großen Distanz zum platten Land. Hier tritt bald durch die Ausweitung der Pendelarbeit eine Diffusion ein, die sich aber erst deutlich nach dem Weltkrieg auswirkt.

Bleibt die Sozialdemokratie so weitgehend in den urbanen Strukturen befangen, so verfestigt sich diese Abhängigkeit noch durch ihre – ebenfalls gut bekannte – Verankerung in hochindustrialisierten Wahlkreisen. Ritter und Niehuss geben die Zahl der gewerblichen Wahlkreise, in denen mehr als 50% der Beschäftigten den Sektoren Handwerk/Industrie und Dienstleistung angehören, mit 195 an²⁸. Von ihnen werden 77 Wahlkreise (= 40%) durch die Sozialdemokratie vertreten (1903), bei den Wahlen von 1912 dann mit 106 Wahlkreisen nahezu 55 Prozent. Für die Sozialdemokratie bedeutet dies, daß lediglich 4 Prozent ihrer Wahlkreise als relativ gewerblich/relativ agrarisch einzustufen sind.

Die Orientierung auf soziostrukturelle Charakteristika der sozialdemokratischen Wahlkreise verstellt allerdings vielfach den Blick auf politische Dimensionen. Sie sollen durch einige Übersichten erschlossen werden, die Wahlerfolge und deren „Intensitäten“ zu erschließen gestatten. Der durchschnittliche Stimmerfolg der SPD gibt Aufschluß über die Ziel-Erfolg-Relation. Dabei zeigt sich, daß die Sozialdemokratische Partei im Lauf der Zeit ihre durchschnittlichen Stimmanteile nur leicht erhöhen kann, also unter Berücksichtigung der Stimmentwicklung aller Parteien keineswegs die Veränderungsraten erreicht, die man mit dem Blick auf die Veränderungsdaten der jeweiligen Stimmzahlen – von Reichstagswahl zur jeweils vorangegangenen Wahl – erwarten würde. Die Diskrepanz zwischen Aufwand, der aus der Zahl der Gesamtkandida-

²⁷ *Gerhard A. Ritter*, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: HZ 249 (1989) 295 ff.

²⁸ *Ritter/Niehuss* 102 f.

Durchschnittliche Erfolge der SPD in ihren Wahlkreisen

Reichstagswahl	Minimum der Stimmanteile in Wahlkreisen	Maximum	Durchschnitt im Hinblick auf Wahlberechtigte	Standardabweichung
1871	0,3	61,0	13,97	13,7
1874	0,3	– 94,4	18,41	17,5
1877	0,2	76,0	16,92	16,1
1878	0,2	62,9	12,84	15,3
1881	0,2	49,9	11,03	13,5
1884	0,2	60,3	13,59	15,7
1887	0,1	72,7	12,31	14,5
1890	0,2	72,5	17,00	17,1
1893	0,2	71,4	19,54	17,1
1898	0,2	73,1	22,45	18,3
1903	0,1	77,5	26,11	19,3
1907	0,3	75,6	23,32	17,5
1912	0,2	82,4	27,95	19,0

turen deutlich wird, und dem letztendlichen Wahlerfolg, der in den durchschnittlichen Wahlkreiserfolgen sichtbar wird, zeigt an, daß sich die Sozialdemokratie ungeachtet der maximalen Stimmerfolge innerhalb eines sehr engen und festen Erfolgskorridors bewegt hat. Dies zeigt auch der Vergleich zu anderen Parteien mit Blick auf Gesamtkandidaturen und durchschnittliche Stimmkreiswerte. So reduziert sich die Gesamtzahl der konservativen Kandidaturen von 162 im Jahre 1871 auf 154 im Jahre 1912, was bedeutet, daß die Konservativen in diesem Jahr weitaus weniger als die Hälfte sozialdemokratischer Wahlkreise zu beschicken haben. Ihr durchschnittlicher Wahlkreiserfolg liegt bei 28,47%, also leicht über dem sozialdemokratischen Durchschnitt. 1871 lag er allerdings bei über 37%. Gravierend nimmt auch die Zahl der nationalliberalen Kandidaturen ab – von 245 im Jahr 1871 (bei einem Stimmendurchschnitt von 48,6%) über 170 Reichstagskandidaturen im Jahre 1881 bei einem Durchschnitt von 29,4% auf schließlich 213 Kandidaturen 1912 und einem durchschnittlichen Wahlkreisergebnis von knapp 24,4%²⁹. Diese Entwicklung scheint auch deshalb bemerkenswert, weil die Nationalliberalen stets beanspruchen, nicht nur Reichs-, sondern auch reichsweit operierende Partei zu sein.

Wesentlich effektiver legen die Linkliberalen³⁰ ihre Wahlkreisaktivitäten an. Sie stellen 1871 in 88 Reichstagswahlkreisen eigene Kandidaten auf und erreichen einen Wahlkreisstimmendurchschnitt von 42,3%, sind also bei nahezu gleichstarker Präsenz wie die Sozialdemokraten etwa dreimal erfolgreicher. Sie spüren die Konsequenzen

²⁹ Diese Zahlen sind das Ergebnis von Wahlkreiszusammenstellungen, die im Rahmen des DFG-Projekts erarbeitet wurden, und entsprechen nicht immer völlig den sonst überlieferten Kandidaturen. Die Abweichungen sind jedoch in der Regel minimal.

³⁰ Vgl. jetzt *Toni Offermann*, *Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich: Berliner und Kölner Fortschrittsliberalismus in der Konfliktszeit*, in: *Dieter Langewiesche* (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich* (Göttingen 1988) 109 ff.; *ders.*; *Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863* (Bonn 1979); als Überblick *Ritter*, *Parteien*, 65 ff.

ihrer Wahlkampfausbreitung bereits 1877, als sie in über 130 Wahlkreisen kandidieren und nur mehr einen Erfolg von 25% im Wahlkreisdurchschnitt aufweisen. 1878 reduzieren sie ihre Präsenz und erhöhen die Durchschnittsquote auf über 30%. Diesen Wert können sie unter den Ausnahmebedingungen der Reichsfeindagitation während des Sozialistengesetzes halten, gehen allerdings in bemerkenswerter Weise in die Fläche und kandidieren 1884 in nahezu 250 Wahlkreisen. Seit diesem Stichjahr nimmt die Zahl linksliberaler Kandidaturen stark ab. Die durchschnittlichen Wahlkreiserfolge steigen von etwa 15% auf über 20% nach 1900.

Als stärkste Partei ist im Hinblick auf das Verhältnis von Kandidaturen und Wahlkreisdurchschnittserfolgen das Zentrum³¹ einzuschätzen. Größtmögliche Reduzierung der Wahlkampfpräsenz korrespondiert einem beeindruckenden kontinuierlichen Erfolg bei den Wahlen – sowohl im Hinblick auf die Zahl der Mandate als auch im Hinblick auf Stimmzahlen und durchschnittliche Wahlkreisstärke. 1871 nominiert die Zentrumspartei in 144 Wahlkreisen eigene Kandidaten und erreicht 63 Mandate bei 18,6% der Gesamtstimmzahl. In ihren umkämpften Wahlkreisen erreicht sie jedoch einen durchschnittlichen Wahlkreiserfolg von 43,9%, bildet also schlagartig Hochburgen großer Intensität aus. Das Verhältnis zwischen Kandidaturen und Mandatsgewinnen ist so stets außerordentlich günstig und liegt bei etwa 40 bis 50% Erfolgsquote. Der durchschnittliche Wahlkreiserfolg des Zentrums liegt stets nahe 40, vor 1900 zuweilen über 50%, und sinkt erst unter dem Einfluß der politisierten Wahlen von 1903, vor allem 1907 unter 35% ab. 1912 kandidieren Zentrumsabgeordnete in 182 Wahlkreisen, erringen 91 Mandate bei einem durchschnittlichen Wahlkreisstimmenanteil von über 41%. Damit ist das Zentrum zur stabilsten Partei geworden. Ihr Erfolg scheint das Ergebnis des wahlkreisbezogenen Blockdenkens gewesen zu sein, also jener Begrenzung, die in den Debatten über den Blockcharakter der Zentrumsfraktion am stärksten nach der Jahrhundertwende in Frage gestellt wird.

Die vom Zentrum erreichten Wahlkreiswerte werden lediglich von ausdrücklich als Regionalparteien definierten politischen Bewegungen übertroffen und vereinzelt von den Konservativen/Freikonservativen erreicht, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu Parteien regionaler Prägung entwickeln.

Die Relation zwischen Kandidaturen, Wahlkreiserfolgen und Wahlkreisstimmenteilen macht deutlich, daß die Sozialdemokratie zunehmend Opfer ihrer eigenen Wahlrechtsdiskussion und nicht zuletzt auch ihres gesamtnationalen Vertretungsanspruchs wird. Sie versucht, die absoluten Stimmanteile zu erhöhen, ohne daß sie regionale Schwerpunkte außerhalb der soziostrukturell sich rasch wandelnden und bevölkerungsmäßig instabilen Schwerpunkte ausbilden kann. Lediglich in Sachsen scheint in dieser Hinsicht eine entscheidende Ausnahme vorzuliegen. Die ständige Präsenz der Sozialdemokratie bei den Wahlkämpfen aller Wahlkreise verstärkt innerhalb des bürgerlichen Parteien- und Anhängerspektrums die Furcht vor einem entscheidenden

³¹ Dazu auch wieder *Ritter*, Parteien, 51 ff. mit einer überzeugenden Bewertung der Forschungsliteratur, 99 ff. Dabei wird der Blick auf die konkrete Organisationsgeschichte gelenkt, zugleich aber die politisch-ideologische Einschätzung des Zentrums angemessen reduziert.

politischen Wandel. Ihre Bestätigung scheinen diese Befürchtungen sowohl durch die wachsenden Stimmanteile der SPD auf gesamtnationaler Ebene als auch durch die zunehmende Zahl von Stichwahlen zu finden.

Die SPD muß sich während des Zeitraums von 1871 bis 1912 an 657 Stichwahlen beteiligen, davon verliert sie in nahezu drei Viertel der Fälle das Mandat an ihren Stichwahlkontrahenten. Seit 1871 entwickeln sich die sozialdemokratischen Stichwählerfolge und -verluste in deutlicher Abhängigkeit von politischen Rahmenbedingungen, wie die folgende Übersicht zeigt.

Stichwählerfolge der SPD 1871–1912

Reichstagswahl	Stichwahlgänge insgesamt	davon gewonnen		davon verloren	
		absolut	in %	absolut	in %
1871	4			4	100
1874	11	2	18,2	9	81,8
1877	20	3	15	17	85
1878	16	7	43,7	9	56,2
1881	23	13	56,5	10	43,5
1884	23	15	65,2	8	34,8
1887	16	5	31,2	11	68,8
1890	58	15	25,9	43	74,1
1893	80	19	23,7	61	76,3
1898	97	25	25,8	72	74,2
1903	113	23	20,4	90	79,6
1907	88	14	15,9	74	84,1
1912	108	39	36,1	69	63,9

Im Zuge einer allgemeinen Politisierung der Gesellschaft, die sich in wachsenden Wahlbeteiligungsraten und in einer Differenzierung der Parteienspektren auch innerhalb der Wahlkreise ausdrückt, nimmt die gegen die Sozialdemokratie gerichtete politische Polarisierung zu. Sie findet ihren Ausdruck einerseits in der vielfach benannten „Lagermentalität“ sub- und gegenkultureller sozialdemokratischer Milieus³², andererseits im politischen Blockdenken der weitaus größten Zahl der Gegner der Sozialdemokratie. Diese Befindlichkeiten finden ihren Ausdruck augenscheinlich in der Entwicklung von Stichwahlkonstellationen, die nur unter größten Schwierigkeiten von den sozialdemokratischen Kandidaten in Erfolge verwandelt werden können.

Weil die Entwicklung von Stichwahlkonstellation keine Differenzierung von Parteidistanzen gestattet, sollen im folgenden die parteispezifischen Stichwahlkonstellationen für den gesamten Untersuchungszeitraum aufgeschlüsselt werden. Dabei werden Stichwahlgewinne (a) und -verluste (b) gesondert ausgewiesen.

³² Hierzu allerdings differenzierend *Dieter Langewiesche*, Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Arbeiterkultur (Königstein/Ts. 1979) 40 ff.

Parteispezifische Stichwahlkonstellationen der SPD 1871–1912

Reichstagswahl	Konservativ		Freikonservativ		Nationalliberal		Fortschritt	
	inges. a	b	inges. a	b	inges. a	b	inges. a	b
1871			2	2	1	1		
1874					5	4	6	5
1877	3	3	1	1	10	8	5	5
1878	3	1	2	2	7	3	3	2
1881	5	5			4	2	11	6
1884	3	3			5	2	10	2
1887	3	3	2	1	9	5	1	1
1890	12	11	3	1	20	11	15	14
1893	17	15	11	9	27	18	9	5
1898	19	11	9	7	34	21	12	11
1903	23	17	9	8	35	27	16	14
1907	11	11	10	10	29	20	15	14
1912	20	10	11	6	32	23	26	18

Reichstagswahl	Zentrum		Minderheiten		Demokraten		einzelne	
	inges. a	b	inges. a	b	inges. a	b	inges. a	b
1871								
1874								
1877	1	1						
1878			1	1				
1881	1	1	1	1	1	1		
1884	3	1	1	1	1	1		
1887	1	1						
1890	7	6						
1893	4	3						
1898	7	7					6	6
1903	9	7			3	2	3	3
1907	6	4			2	2	2	1
1912	9	4					3	3

Reichstagswahl	Antisemiten		Freisinnige		Wirtschaftspartei	
	inges. a	b	inges. a	b	inges. a	b
1890	1	1				
1893	5	5	7	6		
1898	2	2	6	5	2	2
1903	5	4	7	6	3	2
1907			4	3	9	9
1912	2	2			4	2

Die geringsten Erfolgsaussichten bei Stichwahlen hat die SPD gegen Linksliberale und gegen Konservative, zumindest seit dem Sturz Bismarcks. In dieser Tatsache kommt die relativ große Distanz der politischen „Mitte“ gegenüber der SPD zum Ausdruck. Hingegen kann die Sozialdemokratie bis etwa 1890 relativ oft die Stich-

wahlen gegen die Nationalliberalen für sich zum Erfolg machen, nach 1890 aber zunehmend seltener die Stichwahlgänge mit ihren Kandidaten für sich entscheiden. Auch in dieser Entwicklung drückt sich die wachsende Isolation der Sozialdemokraten im Zusammenhang mit Wahlbewegungen aus.

So ist die Bewertung der Stichwahlkonstellationen und Stichwählerfolge ein wichtiger Indikator für die Einschätzung der politischen Anerkennung, die die Sozialdemokratie vor Ausbruch des Weltkriegs in der deutschen Gesellschaft erringen kann: Sie scheint weitgehend auf ihr eigenes Milieu verwiesen, ohne die Möglichkeit zu haben, durch politische Konstellationen den Status einer isolierten und desintegrierten Partei entscheidend zu verändern. Dies fällt insbesondere dann ins Auge, wenn man die entsprechenden Konstellationen der anderen Parteien vergleicht.

Insgesamt beteiligt sich die SPD nach Ritter/Niehus 679mal an Stichwahlen und konnte davon insgesamt 186 (= 27,4%) für sich entscheiden³³. Dieser Erfolgswert schwankt nach 1890 stark zwischen 15% im Jahre 1907 und 37% im Jahre 1912, im Durchschnitt liegt der Erfolg bei 20 bis 25%. Zum Vergleich: Bei der Fortschrittspartei führen im Durchschnitt 80% der Stichwahlen zum Mandatsgewinn, beim Zentrum über 40%, bei den Nationalliberalen über 50%, selbst bei den Konservativen 43%. Die Sozialdemokratie ist also die Partei mit der bei weitem geringsten Integrationskraft, bleibt somit auch in dieser Hinsicht isoliert und auf die eigene Mehrheitsbeschaffung angewiesen. Um so riskanter ist der Entschluß der Parteigremien, die Wahlauseinandersetzungen ohne Aussicht auf Mandatsgewinne in alle Reichswahlkreise zu tragen. Denn dadurch wird nicht allein eine Intensivierung sozialdemokratischer politischer Penetration, sondern nicht selten auch eine Intensivierung von Abwehrbestrebungen erreicht, die für die Blockierung der Sozialdemokratie in einem „Stimmenturm“ von etwa 30% der Wählerschaft verantwortlich gewesen ist.

Allerdings ist zu fragen, ob sich nicht langfristig gerade im Stichwahlverhalten von Sozialdemokraten und der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Parteianhänger ein Wandel vollzieht. Die von Ritter/Niehus mitgeteilte Übersicht von „Stichwahlpositionen“ macht deutlich, daß die Aussichten, eine Stichwahl siegreich zu bestehen, zu einem erheblichen Teil von den Konstellationen innerhalb des Geflechts der bürgerlichen Parteien abhängen. So kann die SPD 1890 nur eine von zwölf Stichwahlen gegen die Konservativen für sich entscheiden, 1912 aber 50%, d. h. in absoluten Zahlen: 10 von 20 Wahlen. Vergleichsweise gering sind ihre Chancen gegenüber dem Linksliberalismus, wesentlich besser gegenüber dem Zentrum – zumindest im Vergleich mit 1890.

Die folgende Übersicht soll Einblicke in die Strukturen von Stichwahlentscheidungen geben. Dabei wird deutlich, daß die Sozialdemokratie nicht nur stets wandelbare Distanzen zu den gegnerischen Parteien bewältigen muß, sondern auch gerade durch das Wahlrecht nur eine geringe Chance hat, eine breite, stabile parlamentarische Führungsschicht auszubilden, die zugleich stabile Wahlkreisverbindungen herzustellen in der Lage ist. Dies ist ein überraschendes Ergebnis, weil doch – wahrscheinlich aus der Perspektive der bereits genannten äußerst stabilen Hochburgen heraus – die Stimm-

³³ Ritter/Niehus, 125 ff.

treue sozialdemokratischer Wähler geradezu notorisch war. In der Tat ist die Kontinuität einzelner sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter beeindruckend und findet nur ihr Gegenstück in den lebensgeschichtlichen Kontinuitäten konservativer Reichstagsabgeordneter, die „Riviera-Wahlkreise“ vertraten, oder Reichstagsabgeordneter des Zentrums, die aus den stabilen Hochburgen des politischen Katholizismus hervorstachen und selbst den sozialen Wandel mit Urbanisierung und Industrialisierung im Windschatten von Organisationen der katholischen Arbeiterbewegung bewältigten.

Wahlkreise, in denen zwei miteinander konkurrierende Parteien als schwach eingeschätzt werden, sind in der Regel aus der Sicht der am Wahlkampf beteiligten politischen Kontrahenten ebensowenig umkämpft, wie jene, in denen eine Partei außerordentlich dominiert. Die Gegensätze zwischen den sich bekämpfenden Bewegungen können sich erst dann in einer wahlkampf- und wahlergebnisbezogenen Weise entfalten, wenn die Parteien aus relativ starken Positionen, d. h. von Stimmkreisanteilen um 25%, gegeneinander antreten.

Die folgende Übersicht faßt die Zahl der Wahlkreise zusammen, in denen sich Sozialdemokraten und nichtsozialdemokratische Parteien spezifischer Parteirichtung gegenüberstehen³⁴.

Die SPD kandidiert in X Wahlkreisen gegen einen Kandidaten der folgenden Parteien:

Reichstagswahl	Kons.	Frei-kons.	Nat.-lib.	Fort-schr.	Zen-trum	Demo-krat.	Frei-sinnig	Anti-semit.	Wirt-schaft.	Minder-heiten
1871	37	10	62	37	24					8
1874	44	20	109	52	59	5				26
1877	89	35	150	84	90	4				25
1878	87	59	128	51	114	14				15
1881	102	41	85	77	90	24	38			15
1884	88	37	148	153	114	17	1	1		19
1887	73	52	145	162	92	18		2		20
1890	121	77	194	260	189	37		24		42
1893	159	57	176	217	204	43	64	125	8	65
1898	132	45	162	153	228	48	53	118	65	76
1903	130	46	207	153	273	33	48	80	82	104
1907	112	45	176	96	264	23	69	33	81	112
1912	153	59	212	207	182	14		36	89	118

Umkämpft sind dabei Wahlkreise, in denen die jeweiligen Hauptkonkurrenten Aussicht haben, die Stimmenmehrheit in ein Mandat zu verwandeln. Die Kreuztabulierung von sozialdemokratischen Stimmanteilen und den Stimmanteilen der jeweiligen Gegnerparteien erlaubt einen Einblick in die Stimmbeziehungen der jeweils gegen die SPD antretenden Parteien. Im folgenden soll ein Überblick über die Zahl der Wahlkreise gegeben werden, in denen die Sozialdemokratie vergleichsweise stark war, also mehr als 20% der Wähler der jeweiligen Wahlkreise mobilisieren konnte. Weil

³⁴ Diese Übersicht gründet sich auf eine Auswertung der Reichstagswahlstatistik und wurde von Stefan Immerfall wesentlich vorbereitet.

Anteile von mehr als 60% der Stimmen auf eindeutige Parteidominanz schließen lassen, werden diese Mehrheitswahlkreise nicht eigens erfaßt, d.h. die Stimmergebnisse von Sozialdemokraten und den jeweils gegnerischen Parteien, die größer als 60% sind, werden nicht ausgewiesen.

Die Sozialdemokratie hatte sich mit ihren Wahlerfolgen in einem bemerkenswert feindlichen Umfeld zu entfalten und blieb dabei als Partei mit der deutlichen Notwendigkeit, ihre eigene Mehrheit beschaffen zu müssen, immer wieder von Agitationen, Wahlabsprachen und Wahlkreisbündnissen ihrer sich breit ausdifferenzierenden Gegner abhängig. Sie war die am meisten bekämpfte Partei, und deshalb ist es sinnvoll, sich einen Einblick in die Binnenstruktur ihrer Gegnerkonstellation zu verschaffen. Die folgende Übersicht weist alle „umkämpften“ Wahlkreise aus, in denen die SPD zwischen 20 und max. 60% der Stimmen erreichen konnte und zugleich die aufgeführten Parteien etwa gleichstark waren. Dabei ist davon auszugehen, daß diese Wahlkreise sich nicht nur durch die tatsächlich erreichten Stimmanteile, sondern durch die Schärfe der sich in den jeweiligen Stimmanteilen ausdrückenden Gegensätze charakterisieren lassen. Die einzelnen Zahlenreihen geben an, wie häufig die sozialdemokratischen Kandidaten den Eindruck erwecken konnten, eine entscheidende Gefahr für die Abgeordneten bürgerlicher Parteien darzustellen. Dabei wird deutlich, wie gespannt das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Zentrumsfraktion war, wie kontrovers sich jedoch das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und gouvernementalen konservativen und liberalen Parteien entfaltete. Die Befunde der Kreuztabulierung können hier nicht weiter differenziert werden. Vielmehr soll es darauf ankommen, deutlich zu machen, wie differenziert die antisozialdemokratischen Frontstellungen zu sehen sind und wie gering der Erfolgsspielraum der Sozialdemokratie bei Wahlkämpfen und insbesondere bei Stichwahlarrangements war. Darüber können auch nicht die Kooperationsversuche hinwegtäuschen, die auf einzelstaatlicher Basis vor allem in Südwestdeutschland kurzzeitige Wirkung entfalten durften, möglicherweise aber auch gerade Tendenzen einer antisozialdemokratischen Frontverstärkung in anderen Staaten belebten und unterstützten.

Reichstagswahl	Kons.	Frei-kons	Nat-lib.	Fort-schr.	Zen-trum	Demo-krat.	Frei-sinnig	Anti-semit.	Wirt-schaft.	Minder-heiten
1871	3	3	2	5	1					1
1874	4	3	18	13	3	1				1
1877	8	6	37	17	3	1				2
1878	9	6	18	14	2	1				1
1881	15	2	13	18	5	2	5			1
1884	16	5	32	27	8	3				1
1887	9	8	28	23	6	2				1
1890	23	20	57	42	13	3		1		7
1893	32	25	59	37	17	4	16	11	2	13
1898	43	17	60	40	18	7	15	12	8	8
1903	53	21	70	45	31	4	20	12	8	10
1907	32	14	80	47	32	10	22	5	21	7
1912	57	21	83	103	31			9	18	17

Nicht allein die Zahl der bekämpften, sondern auch der eindeutig und nicht innerhalb eines Wahlganges zu erobernden Wahlkreise bestimmt das Bild des politischen Konfliktfeldes. Deshalb kann gerade eine differenzierte Betrachtung von „Wahlkreisbastionen“, die jeweils mehr als 60% der Gesamtstimmen für eine Partei bringen, Aufschluß über die politische Selbst- und Fremdeinschätzung geben. Denn eine schwache Stellung der Sozialdemokratie gegenüber einer konkurrierenden Partei begründet das Gefühl politischer Ohnmacht – führt allerdings nicht zum Rückzug aus den Wahlkreisen, wie die Entwicklung der Wahlkreiskandidaturen beweist, sondern verstärkt vor dem Hintergrund einer programmatischen Fixierung auf das Verhältniswahlrecht den Anspruch der SPD, auch in den als „rückständig“ gedeuteten Wahlkreisen mit eindeutig konservativer oder gouvernementaler Tendenz das entscheidende Ferment des Wandels zu sein.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick der konservativen Wahlkreisbastionen, also der Entwicklung jener Wahlkreise, in denen die Konservativen mehr als 60% der Wahlkreisstimmen erzielten und die SPD unter 20% der Stimmen sammeln kann.

Reichstagswahl	Kons.	Freikons.	Antisemiten	Wirtschaftl. Vereinigung
1871	5	1		
1874		7		
1877	6	10		
1878	9	10		
1881	4	4		
1884	9	3		
1887	19	19		
1890	13	6	1	
1893	18	3	2	
1898	16	1	1	3
1903	13		1	
1907	24	1		1
1912	7	1		

Die Übersicht belegt die starke Abhängigkeit konservativer Wahlerfolge von politischen Rahmenbedingungen und Gesamtkonstellation. Damit wird auch verständlich, weshalb sich Sozialdemokraten in konservativen Hochburgen und Bastionen nicht entmutigen ließen, innerhalb der Wahlkreise für den letztendlichen Mandatsgewinn unerhebliche Stimmen zu sammeln. Sie deuteten ihren Kampf als Teil einer allgemeinen politischen Fortschrittsbewegung und konnten in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Entwicklung der liberalen Hochburgen und Wahlkreisbastionen verweisen. Sie wird in der folgenden Übersicht in Analogie zur Übersicht über die konservativen „Wahlkreisbastionen“ dargestellt. Es werden diejenigen Wahlkreise ausgewiesen, in denen liberale Parteien mehr als 60% der Wahlkreisstimmen bei zunächst niedrigen sozialdemokratischen Stimmanteilen von weniger als 20% errungen haben.

Reichstagswahl	Nationalliberal	Fortschrittspartei	Freisinn	Demokraten
1871	24	7		
1874	39	12		
1877	21	3		
1878	21	2		
1881	6	7	9	1
1884	7	3		
1887	29	3		
1890	4	3		
1893	5			1
1898	1			
1903	1	1		
1907	1			
1912				

Dieser Verlust liberaler Hochburgen läßt sich nicht allein als antiliberaler Konsequenz einer auf das ganze Reich ausgedehnten sozialdemokratischen Wahlauseinandersetzung erklären, sondern spiegelt zugleich auch die starke Betonung klassischer liberaler Denkmuster, die sich in den Wahlkampfaussagen der Sozialdemokratie nach 1890 trotz der Erfahrungen kollektiver Verfolgung durch den Staat finden lassen. Die liberalen Parteien erscheinen der SPD als die besiegbaren Gegner, weil es den sozialdemokratischen Kandidaten gelingt, gerade in die liberalen Hochburgen einzubrechen. Dies zeigt die folgende Übersicht, in der die Entwicklung der Wahlkreise nachgezeichnet wird, die sich durch hohe sozialdemokratische Stimmanteile von über 60% bei gleichzeitig geringen Stimmanteilen für die liberalen Parteien von unter 20% auszeichnen. Der Übersichtlichkeit halber werden die entsprechenden Wahlkreise der konservativen Parteien ebenfalls mit ausgewiesen.

Wahlkreise mit einem sozialdemokratischen Stimmkreisanteil von mehr als 60% bei gleichzeitigen Anteilen der aufgeführten gegnerischen Parteien von weniger als 20 Prozent

Reichstagswahl	Kons.	Freikons.	Nat.-lib.	Fortschritt	Anti-semiten	Demokraten	Freisinn
1871							
1874	1	1	3				
1877				1			
1878	1						
1881							
1884			1				
1887	1	1		2			
1890	2		2	4	4	1	
1893	3	1	5	5	6		
1898	1		4	5	6	1	1
1903	3		2	6	4		
1907	2	1	2	2	4		5
1912	5	3	3	6	1		

Die Befunde belegen, daß es der Sozialdemokratie gelingt, ihre „Wahlkreisbastionen“ vor allem gegen die Liberalen durchzusetzen, daß sie jedoch bei einer Verbreiterung dieser Basis über die einzelnen Bastionen hinaus scheitert. Dieses Bild gilt in ganz ähnlicher Ausprägung, wenngleich bei beachtlich größerer Wahlkreiszahl, für die Zentrumsfraktion, die nach 1890 bemerkenswert stabile Wahlkreisbastionen ausbildet und dabei sogar vergleichsweise scharfe Abgrenzungsränder ausformt, wie die folgende Übersicht zeigt. So gründen Sozialdemokratie und Zentrum in ganz vergleichbarer Weise in einer relativ stabilen Wählerschaft, was zugleich für die raumausgreifende Zentrumsfraktion die Stabilität ihrer Mandatszahlen erklären mag.

Wahlkreise mit einem Stimmanteil von mehr als 60% für die Zentrumspartei bei gleichzeitigem Stimmanteil der SPD von weniger als 20 Prozent (a) und von 20–40 Prozent (b)

Reichstagswahl	a	b
1871	3	
1874	12	
1877	15	
1878	22	
1881	1	
1884	29	1
1887	42	
1890	64	2
1893	62	1
1898	55	4
1903	64	3
1907	67	1
1912	60	2

Die Sozialdemokratie ist im Unterschied zur Zentrumspartei, mit der sie eine äußerlich antiliberalen Kampfstellung teilt, jedoch in der Lage, in die alten liberalen Hochburgen einzubrechen – im Unterschied zu der sozialdemokratischen Durchschlagskraft gegenüber den konservativen Gegnern, die sich ebenso wie die Zentrumspartei vor allem regional konsolidieren und auf diese Weise nach außen abgrenzen. Deshalb sollen in weiteren Übersichten Einblicke in das Verhältnis zwischen liberalen Parteien und der Sozialdemokratie gegeben werden. Dabei sollen aber weniger die eindeutigen und uneinnehmbaren Hochburgen und Wahlkreisbastionen von Sozialdemokratie und Liberalismus im Vordergrund des Interesses stehen, als vielmehr die Entwicklungen der aufeinander bezogenen Relationen zwischen den beiden konkurrierenden Hauptkräften des Parteienspektrums.

Die Kreuztabulierung gestattet den Einblick in die Dynamisierung der sozialdemokratischen Wahlkreispositionen. Dabei soll die Frage im Vordergrund stehen, wie sich der wachsende Stimmenanteil und Wahlkreiserfolg der SPD im Verhältnis zu den liberalen Stimmanteilen und Erfolgen darstellten.

Bei den Reichstagswahlen von 1871 stehen sich Sozialdemokraten und Nationalliberale in 62 Wahlkreisen, Anhänger der Fortschrittspartei und Sozialdemokraten in 37 Wahlkreisen gegenüber. In lediglich 12,9% der Fälle kann die SPD in der Ausein-

Wahlkreise mit einem Stimmanteil von mehr als 60% für die SPD bei gleichzeitigem Stimmanteil des Zentrums von weniger als 20 Prozent (a) und von 20–40 Prozent (b)

Reichstagswahl	a	b
1884	1	
1887		
1890	2	1
1893	2	
1898	6	
1903	13	
1907	6	
1912	11	

andersetzung mit Nationalliberalen zwischen 20 und 40% der Stimmen erobern, während die Nationalliberalen in 87,1% der Fälle auf eine Sozialdemokratie stoßen, die weniger als 20% der Wählerschaft erreicht. In 24 Fällen können die Nationalliberalen dabei mehr als 60% der Stimmen gewinnen. Im Hinblick auf die Fortschrittspartei gestaltet sich die Beziehung schwieriger für den Linksliberalismus, denn die Sozialdemokraten können in zwei Fällen mit den Linksliberalen auf relativ hohem Niveau, um 40 bis 60%, gleichziehen, in einem Fall sogar mehr als 60% erringen und die Linksliberalen in den Bereich eines Stimmenanteils von unter 40% abdrängen. In den folgenden Jahren gestaltet sich die Entwicklung im Hinblick auf den Nationalliberalismus wie folgt: Während die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei zunehmend auf eine ihnen gegenüber gleichstarke Sozialdemokratie stoßen und bis 1912 in etwa 50% (im Hinblick auf die Nationalliberalen), bzw. 70% (im Hinblick auf die Linksliberalen) der Wahlkreise, in denen sie gegen die SPD kämpfen, die Erfahrung nicht nur gleicher Stärke ihres Gegners, sondern auch nahezu gleicher Erfolgchancen durch das Überschreiten der Schwelle erleben, die der Sozialdemokratie die Mehrheitsbeschaffung aus eigener Kraft zu ermöglichen scheint, vollzieht sich eine bemerkenswerte Polarisierung von Wahlkreispopulationen. Sie fordert aber vor allem die antisozialdemokratischen Kräfte heraus, verstärkt somit Tendenzen zur Blockbildung und, zumindest bei der liberalen Linken, zur taktisch motivierten Wahlabsprache. Die Funktion, die in diesem Zusammenhang die sozialdemokratisch-liberalen Brückenparteien spielen, die vor allem das intellektuelle Klima der „sozialliberalen“ Meinungsführerschaft beeinflussen konnten, entzieht sich allerdings der wahlhistorischen Betrachtung, weil die Erfolge dieser Parteien nicht an ihrer Wirkung für die Stimmenergebnisse zu messen sind³⁵.

Abschließend soll die Frage behandelt werden, wie sich zwischen 1871 und 1912 die sozialdemokratische Wahlkreisführung im Verhältnis zu den anderen Parteien entwickelt hat. Hier steht die Frage nach der dominierenden Rolle bei den ordentli-

³⁵ Hier macht sich besonders nachteilig bemerkbar, daß die bisher vorliegenden regionalen Wahlkreisstudien in der Regel zufällig entstanden sind und regionale Schwerpunkte spiegeln, die nur durch eine gezielte Korrektur dieser Schwerpunkte auszugleichen wären. Dies ist aber derzeit kaum zu erwarten, weil nur mehr selten regionale Wahlkreismonographien in Angriff genommen werden.

chen Wahlen im Vordergrund – nicht also die Frage nach Wahlkreishochburgen oder Wahlkreisbastionen von bis zu 60 oder mehr als 60% der Wahlkreiswählerschaft, sondern die Chance, einer anderen Partei die Führung in einem Wahlkreis abzunehmen. Dabei erhält man zugleich einen gewissen Aufschluß über die Stabilität von Wahlkreisführungen. Die folgende Übersicht gibt die jeweilige Wahlkreisführung nach Reichstagswahlen und Parteien an.

Zahl der Wahlkreise, in denen die aufgeführten Parteien die Führung errangen:

Reichstagswahl	Konservativ		Freikonservativ		SPD		Nationalliberal		Linksliberal		Zentrum	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1871	60	15,1	36	9,4	3	0,8	119	31,2	43	11,3	66	17,3
1874	22	5,5	32	8,1	14	3,5	147	37,0	49	12,3	104	26,2
1877	40	10,1	40	10,1	22	5,5	120	30,2	34	8,6	97	24,4
1878	63	15,9	54	13,6	12	3,0	101	25,4	23	5,8	97	24,4
1881	57	14,4	34	8,6	10	2,5	44	11,1	101	25,4	104	26,2
1884	78	19,6	31	7,8	25	6,3	64	16,1	55	13,9	100	25,2
1887	83	20,9	40	10,1	13	3,3	106	26,7	22	5,5	97	24,4
1890	74	18,6	26	6,5	49	12,3	61	15,4	48	12,1	100	25,2
1893	78	19,6	29	7,3	65	16,4	56	14,1	28	7,1	94	23,7
1898	64	16,1	25	6,3	84	21,2	37	9,3	22	5,5	103	25,9
1903	59	14,9	19	4,8	118	29,7	29	7,3	12	3,0	104	26,2
1907	67	16,9	24	6,0	71	17,9	46	11,6	30	7,6	102	25,7
1912	53	13,4	12	3,0	142	35,8	22	5,5	15	3,8	97	24,4

Dabei ergibt sich eine bemerkenswerte Stabilität im konservativen Lager, aber auch im politischen Katholizismus. Der vieldiskutierte Zentrumsblock ist ein bekanntes Phänomen; überraschend ist jedoch die sich schon früh abzeichnende Schwächung des liberalen Lagers als Folge einer konservativen Stabilisierung und scheinbaren sozialdemokratischen Dynamisierung. Diese Entwicklung der SPD ist jedoch nicht eindeutig durch klare politische Frontstellungen geprägt, die gleichsam von Wahl zu Wahl konsolidiert werden müssen, sondern spiegelt einen überraschenden Effekt: nämlich eine außerordentliche Differenzierung der den jeweiligen Parteien von Wahl zu Wahl erneut abgerungenen Parteidominanz. Die folgende Übersicht spiegelt die Entwicklung dieser Wahlkreisdominanz im jeweiligen Vergleich zu den jeweils vorangegangenen Wahlen wider.

Die aufgeführte Tabelle soll die Herkunft der sozialdemokratischen Führungswahlkreise zu erschließen helfen. Weil sie nicht einfach zu verstehen ist, gebe ich hier ein Lesebeispiel: Laut der zuvor aufgeführten Tabelle (vgl. oben) war die SPD 1887 in 13 Wahlkreisen führend als stärkste Partei. Davon hatte sie bereits 10 Wahlkreise, d.h. mehr als 75%, in der vorangegangenen Reichstagswahl angeführt. Einen Wahlkreis konnte sie den Linksliberalen abnehmen, in zwei weiteren Wahlkreisen hatten „Sonstige“ vorn gelegen.

Die Tabelle macht deutlich, daß die Sozialdemokratie ihre Stimmerfolge vor allem durch eine Degradierung liberaler Wahlkreisdominanz erzielte, aber im Vergleich zu den gegnerischen Parteien doch durch eine bemerkenswerte Instabilität der Wahlkreiscontinuitäten charakterisiert werden konnte. Dies hatte zweifellos erhebliche